

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Koloniel-
 setze oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Werbeanlagen-Angaben,
 sowie Werbemerkmal 30 Pf. Insetrate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 14. April 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

England und Rußland.

Gleich nach dem Bekanntwerden des Anleihe-Abschlusses zwischen China und dem deutsch-englischen Bankkonsortium, als noch der größere Teil der liberalen Presse in diesem Ausgang des englisch-russischen Konflikts einen wichtigen Erfolg der englischen Politik sehen wollte, ist schon an dieser Stelle („Vorwärts“ Nr. 48) darauf hingewiesen, daß Rußland nichts von seiner Machtstellung in Peking eingebüßt habe, wofür die nächste Zukunft den Beweis erbringen werde. Die seitdem nach Verlauf weniger Wochen, Rußland von China eingeräumten Konzessionen haben diese Auffassung der Sachlage völlig bestätigt, nur daß England sich gegen das russische Vorgehen noch lauer verhalten hat, wie vorangeführt wurde. Die Gemüthsruhe, mit der es die ihm applizierte Ohrfeige hingenommen hat, konnte selbst den überraschten, der Englands Diplomatie in den letzten Jahren recht niedrigen Einschätzen gelernt hat. Wegen die von Rußland ertugenen Vortheile kommt die „Erpöpfung“ von Wei-Hai-Wei kaum in Betracht, wenn auch Balfour in der Parlamentsdebatte vom vergangenen Dienstag sich noch so sehr bemüht zu vergegenwärtigen, die Wichtigkeit der Erwerbung dieses Punktes zu vergrößern. In einem großen Teil mag hinter solchem Bemühen nichts weiter als das taktische Manöver stecken, den Rückzug des englischen Kabinetts zu verdecken und den drängenden Mahnern aus der eigenen Partei, die Thaten des Vorgesetzten, den Mund zu stopfen; aber daneben scheinen wirklich noch immer merkwürdige Zweifel im englischen Kabinett zu herrschen über die Absichten der russischen Regierung in Ostasien. Die russischen Versicherungen, es handle sich bei dem Vorgehen Rußlands nur um die Förderung seiner Handelsinteressen und um die Gewinnung einer sogenannten „maritimen Basis“ am Golf von Persien, haben allem Anschein nach trotz ihrer Lächerlichkeit doch ihren Zweck nicht ganz verfehlt. Kam doch Balfour direkt auf den 1895 von Rußland gegen die Festsetzung der Japaner in Port Arthur erhobenen Einwand zurück, die Besetzung Port Arthurs durch Japan sei eine fortdauernde Bedrohung Pekings.

Es heißt das, Rußland eine Gemüthsruhe zutragen, zu der nach seinem bisherigen Verhalten gar keine Veranlassung vorliegt. Sein Augenmerk ist weniger auf Gewinnung von Flottenstationen gerichtet, als auf die Sicherung geeigneter militärischer Stützpunkte, um von dort aus, sobald seine Küstenlinie so weit vorgeschritten sind und sich ein günstiger Anlaß bietet, in Korea und Nord-China einzufallen und sie seinem Gebiet einzuverleiben. Bei der Beschränktheit seiner Seemacht gegenüber der englischen in den ostasiatischen Gewässern kann Rußland sich auf kriegerische maritime Unternehmungen kaum verlassen; dagegen liefert ihm der Fortschritt der Eisenbahnbauten immer mehr das Mittel, ziemlich leichten Kaufs auf dem Landwege zur Verwirklichung seiner Absichten zu gelangen. Läßt sich allerdings beides vereinen, d. h. haben die besetzten Stützpunkte zugleich neben der militärischen eine maritime Bedeutung, wie das bei Port Arthur der Fall ist, nun, dann um so besser. Seit Jahren schon arbeiten für die Erweiterung des russischen Einflusses russische Emigranten unter den mandchurischen Stämmen, und obgleich es sonst allenthalben an Geld mangelt, hat die russische Regierung in den letzten Jahren bedeutende Summen zur Erforschung der Lebensweise und Sprachen der nordchinesisch-mongolischen Bevölkerung hergegeben. Um den Bekannten die Erwerbung von Sprachkenntnissen zu erleichtern, ist neuerdings von der Regierung ein Institut für chinesische, koreanische, mongolische Sprachen etc. in Wladivostok geplant, zu dessen Leitung Professor Posnjew berufen werden soll, der in den letzten Jahren auf Regierungskosten eifrigen Studien unter den Mandchuren obgelegen hat.

Zu diesem vorläufigen Ziel, die nordchinesische Bevölkerung unter russischen Einfluß zu bringen, liefert die von China gewährte Konzession zum Bau der lange schon projektirten Bahn nach Port Arthur ein weiteres Mittel, während andererseits die Besetzung von Talienswan und Port Arthur, der später zweifellos die Besetzung weiterer wichtiger Punkte an der Wahlenlinie folgen wird, der russischen Regierung die Möglichkeit bietet, in kurzer Zeit größere Truppenmassen nach verschiedenen Richtungen hinzuwerfen. Ist aber Rußland erst einmal so weit, daß zwischen Port Arthur und dem mandchurischen Zweig der sibirischen Bahn eine regelmäßige Verbindung hergestellt ist, so kann weder die englische Besetzung Weihaiwei's, noch selbst die von Tientsin die Annexion der chinesischen Nordprovinzen und Korea's durch Rußland verhindern. Die eingegangenen papiernen Verträge werden sicherlich die russische Diplomatie nicht zurückhalten; sie gleich, wie Engels treffend in seiner Studie „Die auswärtige Politik des russischen Zarenthums“ („Neue Zeit“, 1890) sagt, gewissermaßen einem modernen Jesuitenorden, der in der Befolgung seiner Pläne vor nichts zurückweicht.

Ganz unverstehlich ist ja allerdings die schwächliche Haltung des Salisbury'schen Kabinetts nicht. Mag vielleicht auch diplomatische Unfähigkeit ein gutes Theil dazu beitragen, daß es so nachgiebig vor den russischen Forderungen zurückweicht, so liegt doch die eigentliche Ursache tiefer. Einestheils steckt dahinter die Kriegsunlust eines großen Theiles der Industriellen, der nach ruhiger Sicherung der gewonnenen Märkte verlangt und sich durch zweifelhafte kriegerische Unternehmungen das Geschäft nicht fördern lassen will,

andererseits das Bewußtsein der politischen Isolirtheit Englands. Es rächt sich an ihm, daß es nicht versucht hat, dem Franko-russischen Bündniß ein anglo-deutsches entgegenzusetzen. Englands Interessen in Ostasien und im Orient erfordern ein solches Bündniß mehr noch, als die Lage Deutschlands; denn die russisch-französische Koalition richtet sich, da Rußland Politik ihr die Richtung giebt, nicht weniger gegen England, wie gegen Deutschland. Gewiß bestehen, hervorgehoben durch die Konkurrenz der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt, zwischen den deutschen und englischen Industriellen mancherlei Eifersüchteleien, gewiß auch bietet das jetzige persönliche Regiment in Deutschland, wie andererseits die schwächliche Unverlässlichkeit der englischen auswärtigen Politik seit Rosebery einen Hinderungsgrund; aber unüberwindlich sind diese Hindernisse nicht. Jedenfalls sind die Gegenstände zwischen Frankreich und Rußland noch weit schärfer, und doch sind beide zu einem Bündniß gelangt, das, wie sich vielleicht bald schon zeigen wird, fester hält, wie der viel gerühmte Dreieund. Wo ein fester Wille ist, da findet sich allemal auch ein gangbarer Weg. Jede Bündnispolitik ist eine Politik des do ut des. Ob England will oder nicht, die fast monopolistische Stellung, die es früher auf dem Kolonialmarkt innegehabt hat, wird es doch nicht behaupten können. Muß England aber Zugeständnisse machen, dann ist es zweifellos richtiger, daß es gegen diese auf anderem Gebiet Vortheile eintauscht, als daß es sich seine Vorrechte ohne Nutzen abzugeben läßt. Die ganze neuere aggressive Politik Rußlands in der Orientfrage und in Ostasien wäre nicht möglich gewesen, wenn es nicht an Frankreich und bis zu bestimmtem Grade auch an Deutschland Deckung gefunden hätte.

Daß es in Englands eigenem Lebensinteresse liegt, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen, wird dem auch, wie die englischen Parlaments-Verhandlungen der letzten Zeit zeigen, immermehr vor den weitsichtigeren englischen Politikern erkannt, und hoffentlich werden die weiteren Vortheile, die Rußland aus seinem Bündniß mit Frankreich zu ziehen wissen wird, diese Erkenntniß noch vermehren. Handelt es sich doch im Fall einer Annexion Nordchina's und Korea's durch Rußland nicht nur um eine theilweise Verschließung dieser Absatzmärkte für die englische Industrie, sondern zugleich um verstärkte Konkurrenz Rußlands in Mittelchina, um Eröffnung neuer Ueberland-Handelswege und nicht zum wenigsten um eine weitere Bedrohung der englischen Handelsinteressen in Mittel- und Vorderasien.

Politische Ueberblick.

Berlin, 13. April.

Die Entscheidung im Spanisch-nordamerikanischen Konflikt ist noch nicht gefallen. Die wichtigsten Nachrichten, die heute vorliegen, sind die folgenden:

Washington, 12. April. Generalkonsul Lee ist hier eingetroffen und soll heute Nachmittag von der Kommission für auswärtige Angelegenheiten vernommen werden. Der Bericht der auswärtigen Kommission wird sich bezüglich der Verhaftung des Präsidenten Mac Kinley dem Vernehmen nach für folgende Beschlüsse anhängig: Das kubanische Volk ist von Spanien frei und unabhängig und soll es sein. Der von Spanien auf Kuba geführte Krieg ist für den Handel, das Eigentum und die Interessen der Vereinigten Staaten so schädlich, so grausam und barbarisch, daß es Pflicht der Vereinigten Staaten ist, zu fordern, und daß die Regierung der Vereinigten Staaten fordert, daß Spanien unverzüglich seine Land- und Seestreitkräfte von Kuba zurückziehe. Der Präsident wird ermächtigt, die gesammten Streitkräfte der Vereinigten Staaten für die Ausföhrung dieser Beschlüsse zu verwenden. Den Beschlüssen soll eine Begründung vorangehen, in der es heißt, das Unglück der „Maine“ habe tiefen Groll hervorgerufen.

Washington, 13. April. Wie verlautet, wurde ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem die oben gemeldeten Resolutionen mit leichten Abänderungen dem Senat und dem Repräsentantenhaus unterbreitet und von denselben einstimmig angenommen werden sollen. Die konservativen Führer der beiden Häuser betrachten den Krieg als ein unvermeidliches Resultat dieser Beschlüsse, wenn Spanien Kuba nicht aufgibt. Die republikanischen Mitglieder des Ausschusses im Repräsentantenhaus geben ihre Zustimmung, falls die 100 Millionen Dollars eintritt, eine weitere Kriegskosten von 100 Millionen Dollars per Jahr aufzulegen und ebenso eine innere Anleihe in Bonds, welche 500 Millionen Dollars einbringen soll.

Die Londoner Blätter aus Washington berichten, sind dem Generalkonsul Lee bei seiner Abreise von Kuba in den verschiedenen Städten große Kundgebungen zu theil geworden. Die Menge rief: „Es lebe unser künftiger Präsident!“

New-York, 13. April. Die telegraphische Verbindung mit Havana über Key West ist seit heute früh unterbrochen. Der Grund ist nicht bekannt.

Frankreich kann mit seinen Erfolgen in China recht zufrieden sein, wie aus dem Inhalte der folgenden Depesche aus Paris hervorgeht:

In dem heute Vormittag abgehaltenen Ministerrath theilte der Minister des Auswärtigen Hanotaux mit, daß China sich mit den Forderungen Frankreichs voll einverstanden erklärte. Hanotaux fügte hinzu, China sei infolge früher getroffener Abmachungen Frankreich gegenüber die Verpflichtung eingegangen, keiner anderen Macht die Insel Hainan abzutreten. Eine Depesche der chinesischen Regierung theilt die Zustimmung derselben zu den französischen Vorschlägen mit und stellt fest, daß Frankreich die Erfüllung aller seiner Forderungen auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen erhalte, ohne zum Mittel einer Flottendemonstration oder eines Ultimatum's zu schreiten.

Deutsches Reich.

— Die Filzigkeit unserer Agrarier wird selbst der preussischen Regierung gelegentlich zu hurt. So muß solchen die „Berliner Korrespondenz“ die Klagen der Steuer- und Wirtschaftsstreifer, daß die östlichen Landestheile bei der Steuerreform schlecht weggekommen seien, mit einem großen Aufwand von Biffen zurückweisen. Die Opferwilligkeit des Grafen Mirbach und seiner Getreuen liegt demnach allerdings viel zu wünschen übrig zu lassen.

Graf Mirbach — die „Korrespondenz“ spricht stets nur unpersönlich vom „Referat“ — hatte von einer Ueberbürdung geredet, weil die biederen Ostelbier lieber zu viel zahlten wie reklamirten. Demgegenüber zeigen die Offizialen, daß in Preußen von 1000 Jeniten im Durchschnitt nur 92,2 gegen die Einkommensteuer-Berantlagung Berufung einlegen, im Regierungsbezirk Königsberg jedoch 140, im Regierungsbezirk Gumbinnen sogar 159. Auch läßt die Entscheidung der Reklamationen nicht drei bis vier Jahre auf sich warten, wie es den Steuerreformern zu behaupten beliebt, sondern sie werden immer in demselben Jahre erledigt.

Weiter hatte das Referat — itarum Graf Mirbach — die Aussicht vertreten, daß auf dem platten Lande der östlichen Provinzen durch die gegenwärtige Einkommensteuer „eine erhebliche Mehrbelastung bei gleich gebliebenem Einkommen“ schon früher eingetreten sei; die Mehrzahl der Einkommensteuer zahlenden Jeniten auf dem platten Lande zahle jetzt 1/3 mehr als früher. Die Regierung stellt dem gegenüber fest, daß thatsächlich auf dem platten Lande der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Posen die Steuerpflichtigen mit Einkommen von weniger als 9500 M. (das sind rund 99 pCt. aller Jeniten), auf den Kopf des Jeniten berechnet, im Jahre 1897/98 weniger Einkommensteuer gezahlt haben als vor der Reform im Jahre 1891/92.

Nach der Darstellung des Referats wäre ferner „im Osten durch die Ueberweisung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer an die kommunalen Verbände eine Entlastung an direkten Staatssteuern nicht erfolgt.“ Daran läßt Herr Miquel seinen Freunden folgende Ziffern unter die Augen führen:

Thatsächlich betrug in den vier Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Posen einschließlich der sieben Stadtkreise Königsberg, Danzig, Elbing, Stettin, Stralsund, Posen und Bromberg die Gesamtsumme der erhobenen direkten Staatssteuern im Jahre 1891/92 und 1898/99 M., im Jahre 1897/98 dagegen nur rund 1174000 M. Auch wenn man von der ersteren Summe den auf die genannten Landestheile entfallenden Antheil an den Ueberweisungen aus der sog. lex Jacene mit ihrem durchschnittlichen Betrage in Abzug bringt, ergibt sich, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, ein Rückgang in der Belastung mit direkten Staatssteuern von 2,42 M. im Jahre 1891/92 auf 1,81 M. im Jahre 1897/98, also um rund 24 pCt.

Das wird die Steuerreform jedoch nicht hindern, auf dem nächsten Kongress abermals über unehörschten Steuereid zu können. Jeder Steuerpflichtige, den sie nicht auf andere abwälzen können, ist diesen Herren ein zu großes Opfer für das dankbare Vaterland.

— Die Neuveranlagung der Brennereien zum Rückzug droht jedesmal, den gütigen Willen der Regierung zu entsetzen. Um sich den Rücken zu decken, hatte Herr Miquel auf den 4. April eine größere Anzahl von Sachverständigen nach Berlin berufen. Man will dabei auch auf verschiedene Zweifelheiten eintrifflche Antworten gefunden haben, „sobald die Gleichmäßigkeit der Neuveranlagung nicht unerheblich gefördert werden wird.“ Das mag sein, aber zufriedener wird darum kein einziger Liebesgaben-Empfänger mit seinem Beute-Antheil werden. Besonders der Reich der alten gegen die zum ersten Mal einzufließenden neuen Brennereien treibt seit Monaten schon die übelduftendsten Bläthen.

— Der Lotterietausel und die nothleidende Landwirtschaft. Die „Berliner Korrespondenz“ schreibt: Dem Anjawschen Zuchtverein hat der Minister des Innern die Erlaubniß erteilt, bei Gelegenheit des in diesem Jahre in Znowraglaw abzuhaltenden Marktes für Zucht- und Gebrauchs-pferde eine öffentliche Auspielung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Loose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

— Den Frieden in der Zentrumsparthei wiederherzustellen sind die Zentrumsführer in Nord und Süd des eifrigen bemüht. Herr Ortener sprach in Köln und die bayerische Zentrums-presse ist demüth, den Riß zwischen bayerischem und preussischem Zentrum zu verkleinern. Selbst Herr v. Hertling soll wieder aufgestellt werden. Die „Germania“ wirkt eifrig für die Wiederwahl des an den Höfen so wohlgeleiteten Staatsmannes der Zentrumsparthei. Sie läßt sich schreiben:

Diese „Morgelen“ hätten nicht im Interesse der Gesamtheit des katholischen Volkes“ gesagt. Eine bayerische Volkspartei würde schwerlich die numerische Stärke des gegenwärtigen bayerischen Zentrums erreichen. Auch in Zukunft müßte die Partee lauten wie bisher: Von Köln und Freiburg bis nach Danzig und Breslau, von den Alpen bis zum Sund das Zentrum, und zwar das ganze einige Zentrum für das ganze katholische Volk von Deutschland.

Jedenfalls war die Rolle um die Einigkeit des Zentrums noch nie so groß wie in diesen Wochen.

— Eine Reform des Dreiklassen-Wahlrechts wird in der „Neu-Zeitung“ wieder einmal für unmöglich erklärt. Obwohl unpatentischer als diese Meinung kann man sich gar nicht vorstellen, wenn man sich erinnert, daß selbst Bismarck das Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhaus als das elendste und wider-sinnigste Wahlrecht bezeichnet hat.

— Sämtliche nationale liberale Abgeordnete der Zweiten sächsischen Kammer haben den agrarischen Sammelaufruf unterschrieben. Was sagt die „Kölnische Zeitung“ zu dieser Vertretung industrieller Interessen durch ihre sächsischen Gesinnungsgenossen? — Als Beispiel für die ambulanten Berichterstattung der Presse kann ein Prozeß dienen, der am 15. April vor der Strafkammer in Lissa wegen eines Konflikts mit Polizeibeamten gegen vier Redakteure vom „Niederschl. Anz.“ in Slogan, von der „Posener Ztg.“, von der „Berl. Abendpost“ und vom „Lissaer Anz.“ zur Verhandlung gelangt.

— Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Aus Straf-
burg i. G. schreibt man uns unter dem 12. d. Mts.: Die am
28. Dezember v. J. auf dem Bahnhof zu Vendenheim statt-
gehabte Entgleisung des Orient-Expresszuges Paris-
Konstantinopel kam kürzlich vor der Strafkammer des hiesigen Land-
gerichts zur strafrechtlichen Verhandlung. Der verunglückte Zug
sollte fahrplanmäßig in Vendenheim halten; da jedoch die Luft-
druckbremse versagte, konnte er erst 400 Meter hinter
der Station zum Halten gebracht werden. Lokomotivführer
Kettler, ein alter, seit dreißig Jahren auf der Moskauer
fabrender Beamter, befand sich infolge bedeutender Verspätung
und der durch das Versagen der Bremse weiter entstandenen Verzögerung
in begrifflicher Erregung; er und seine Feiger wollen ein für einen
Wüterg bestimmt Signal für ein solches zum Zurückfahren ge-
halten haben. Infolge dessen setzte Kettler den Zug in Rückwärts-
bewegung. Dies war instruktionswidrig und verursachte die Ent-
gleisung. Denn in der Annahme, der Orientexpress sei ausnahms-
weise einmal durchgefahren, hatte der Weichensteller die passierte
Weiche bereits wieder in ihre Normalstellung zurückgebracht. Die
Entgleisung war deshalb unvermeidlich und hätte vielleicht
bedeutende Dimensionen angenommen, wenn nicht ein geistes-
gegenwärtiger Bremser, die Gefahr bemerkend, sofort die Nothleine
gezogen hätte. Infolge dieser Warnung hielt jedoch der Zug gerade
noch in dem Augenblick, als der letzte Wagen entgleiste und, sich
quer über die Schienen legend, den Wagen eines auf dem Neben-
gleise stehenden Güterzuges aus dem Geleise hob. Die Verhand-
lung förderte eine Reihe von zusammenhängenden unglücklichen Zu-
fällen zu Tage, die zu gunsten des Angeklagten sprachen. Das
Gericht verurtheilte den alten erfahrenen Beamten deshalb unter Zu-
billigung mildernder Umstände zu der geringsten zulässigen Strafe,
einer Gefängnisstrafe von drei Tagen. —

— Im deutschen Logogebiet waren nach dem „Deut-
schen Kolonialbl.“ am 31. Dezember 1897 im ganzen nur 110 Europäer
ansässig, unter ihnen 16 Frauen. Von den 94 männlichen Europäern
sind 87 Deutsche, 1 Holländer, 2 Franzosen, 3 Engländer, 1 Schweizer.
Unter den 87 Deutschen werden nur 22 Kaufleute gezählt und drei
Pflanzer, die übrigen sind Beamte (81) und Missionare (25). Zwei
von den Frauen halten sich nur vorübergehend in Logo auf. —

Oesterreich.

— Eine staatliche Dynamitfabrik, das ist der
neueste Fortschritt in der Organisation des Kriegswesens in
Oesterreich. —

Ungarn.

Budapest, 13. April. Abgeordnetenhause. Der Handels-
minister Freiherr von Daniel legte den mit Japan abgeschlossenen
Handelsvertrag vor. —

Frankreich.

Paris, 13. April. Wie die Morgenblätter melden, wird der
Ordnungsrath der Ehrenlegion die Entscheidung betr. Zola erst nach
der neuen Verhandlung vor dem Schwurgericht fällen, um den
Anschein zu vermeiden, als wolle er das Geschworenen-Vergelt be-
einflussen. —

Paris, 13. April. Das „Journal officiel“ veröffentlicht das
am 23. Juli 1897 in Paris zwischen Frankreich und Deutschland
abgeschlossene Abkommen, durch das die Grenzen zwischen
Dahomey und dem deutschen Logogebiet bezw. dem
betreffenden Hinterland festgesetzt sind. —

Paris, 12. April. (Wg. Ber.) Die Fassung der neuen
Klage gegen Zola übersteigt alles, was man von dem
Fesultismus der Regierung bezw. des Generalstabes erwarten durfte.
Während die erste Klage immerhin noch die schwersten Anklage-
punkte Zola's gegen das Oesterreich-Kriegsgericht enthielt, beschränkt
sich die neue Klage auf die Herabsetzung eines einzigen Satzes
aus dem Artikel Zola's, der acht Zeilenspalten füllt, und zwar
des relativ mildsten Satzes, welcher also lautet: „Ein Kriegs-
gericht hat soeben gewagt, auf Befehl eines Oesterreich-
freisprechens, ein letzter Schlag ins Gesicht aller Wahrheit und aller
Gerechtigkeit.“

Die Ausmerzung der meisten Beschwerdepunkte der ersten Klage
ist die Folge der Verhandlungen des Kassationshofes, dessen Bericht-
erhalter die Trennung der Oesterreich-Affäre von der Dreyfus-Affäre
für ungeschicklich erklärt hatte. Die Regierung glaubt nun durch die
neue Einschränkung der Klage die juristische Ausdeutung des an
Dreyfus begangenen Justizmordes verhindern zu können, in dem der
inkriminierte einzige Satz formal keine Andeutung auf die Dreyfus-
Affäre enthält. Ueber den innewohnen sachlichen Zusammenhang
der beiden Affären soll ein zweiter Delagorgue dem Generalstab
hinweggehen. . . .

Wird aber der Kassationshof dieses Mandat gelten lassen, nach-
dem sein Berichtshalter ausdrücklich das presserechtlich garantierte
Recht Zola's zur Erbringung des Wahrheitsbeweises für den ganzen
Artikel anerkannt hat? Das die Regierung für den zweiten Prozeß
die mit fünf Regimentern besetzte Stadt Versailles ausser Acht hat,
wird von der unabhängigen Presse als ein weiteres Mandat ge-
deutet, die Verurteilung Zola's um jeden Preis zu erzielen. Was
in Versailles an „zivilem Publikum“ aufzutreiben ist, besteht ent-
weder aus ausgedienten Offizieren oder aus gewerblich von den
Garnisonstrassen abhängigen Kleinbürgern. Dementsprechend wird
auch die Zusammenfassung der Jury ausfallen. . . .

— Zum Prozeß Zola. Rochefort's Blatt „Internationale“
will aus Rom erfahren haben, daß der italienische Militärattaché
Panizzardi zurückberufen werden soll, weil er nicht dagegen pro-
testierte, in die Dreyfus-Affäre hineingezogen zu werden. —

England.

— Die Uebermacht der englischen Meeres-
macht zeigt die Tabelle des „Flag-Register of British and
Foreign Shipping“ für 1897. Trotz des für England so stark ins
Gewicht fallenden Maschinenbauers-Ausflandes wurden gebaut:

	Schiffe	Tonnen- gehalt
In Großbritannien	639	1 047 951
„ Deutschland	98	191 042
„ Vereinigte Staaten von Nordamerika	88	94 598
„ Frankreich	44	84 526
„ Italien	14	48 816
„ Niederlande	45	25 871
„ Norwegen	25	17 248
„ Dänemark	18	13 589
„ Britische Kolonien	40	12 431
„ Japan	34	11 390
„ Spanien	5	9 785
„ Oesterreich-Ungarn	7	8 851
„ Schweden	14	6 984
„ Rußland	28	5 913
„ Belgien	8	1 899
Zusammen 1080		1 560 824

Nicht bloß die Hälfte der neuen Schiffe der ganzen Welt werden
demnach in England gebaut, sondern, was charakteristisch für die
akkumulation in englischen Schiffverleher ist, die größten Schiffe
werden in England verfertigt, so daß fast zwei Drittel des Tonnen-
gehalts aller im Jahre 1897 gebauten Schiffe auf England fällt.
Im Durchschnitte hatte ein in England gebautes Schiff einen Gehalt
von ca. 1640 Tonnen, dagegen ein französisches 1460, eines der in
den Vereinigten Staaten gebauten 1075 Tonnen. Von den für den
Schiffbau in betracht kommenden Staaten übertrifft bloß Deutsch-
land mit einem durchschnittlichen Gehalte von 1990 Tonnen pro
Schiff England, aber da die Gesamt-Tonnenzahl der in Deutsch-
land gebauten Schiffe bloß 18,2 pCt. der in England hergestellten
ist, so spricht dies zwar von der großen Entwicklung des
deutschen Schiffbaus aber auch für den großen Vorsprung Eng-
lands. Italien hat den höchsten durchschnittlichen Tonnengehalt,
für jedes im Jahre 1897 gebaute Schiff 2457 Tonnen, aber da der
gesamte Tonnengehalt bloß 1/4 des deutschen und noch nicht 1/2
des englischen Schiffbaus ausmacht, fällt Italiens Schiffbau

wenig ins Gewicht. Für die maritime Weltmachtstellung und die
Ungleichheit der konkurrierenden Staaten sind diese Zahlen sehr
charakteristisch. —

— Für ein „allbritisches“ Kabel über den Stillen
Ozean wird neuerdings in England wieder stärker agitiert. Die
australischen Premierminister haben sich längst für ihre Länder
bereit erklärt, ein Drittel der Kosten zu tragen, wenn England und
Kanada die übrigen zwei Drittel decken. Kanada scheint ebenfalls
für den Plan gewonnen, und England wird zur Eile angeporrt,
weil eine französisch-amerikanische Kabelverbindung zwischen
Australien über Neukaledonien, Tahiti und die Sandwich-Inseln
nach San Francisco so gut wie gesichert erscheint. Wegen der
Gährung in Ostasien hält man das Werk ebenfalls für dringlicher
wie je. Das erste Kabel — urtheilen die „Times“ — hat nicht
nur die besten Chancen des Erfolges; er wird auch die Anlage
rivalisirender Linien verzögern. Wenn das britische Kabel das
Feld behaupten soll, so muß es sofort hergestellt werden. —

Serbien.

— Ueber die Mißwirtschaft in Serbien entrollt
der Belgrader Korrespondent der „Allg. Ztg.“ folgendes erbauliche
Bild: Das berühmte Geschäft, wonach die Nationalbank auf Grund
eines einfachen Ukaß um 10 Millionen Banknoten mehr in Umlauf
setzen wird, als es ihr bisher gestattet war, wurde hinter dem Rücken
des Verwaltungsraths mit dem Gouverneur Weißert und dem Vice-
gouverneur Marko Stojanowitsch „vereinbart“. Exterier erhielt einen
Orden, letzterer, ein ehemaliger Advokatenschreiber, der sich durch
Bücher und ähnliche Geschäfte ein ansehnliches Vermögen zusammen-
gerafft hat, ist Milan's „Rechtsanwalt“. Die auswärtigen Banken
wurden von dem Vorhaben mit dem Bemerkten verständigt, daß, falls
sie der Sache Schwierigkeiten in den Weg legen wollten, die Re-
gierung genöthigt wäre, den Juli-Kupon schuldig zu bleiben. Ver-
wandt wird der auf diese Art aufgebrauchte Betrag in erster Reihe für
Milan's Zwecke, dessen zahlreiche Gläubiger in Paris unruhig zu
werden beginnen; doch soll auch der Ministerpräsident Georgewitsch,
der nichts umsonst thut, gewisse Repräsentationsansprüche geltend
machen, zu deren besserer Begründung allerlei Festgelage veranstaltet
wurden. Interessant ist die Stellung der russischen Regierung
zu dieser Angelegenheit, sie erscheint aber noch weit interessanter,
wenn man den in der Umgehung der russischen Gesandtschaft ver-
breiteten Gerüchte Glauben schenken möchte, wonach man in Peters-
burg entschlossen sei, den restlichen Betrag des russischen Anlehens
gegebenenfalls pfandrechtlich sicher zu stellen und zu diesem Behufe
die von der serbischen Regierung in Frankreich bestellten Kanonen,
für die bereits eine Abgabe entrichtet wurde, mit Beschlag zu be-
legen. Im übrigen thun Milan und Georgewitsch jaust so, als ob
sie entschlossen wären, schon in aller nächster Zeit das Feld zu
räumen. Mit fieberhafter Eile werden deshalb auch die übrigen
Privatangelegenheiten, so gut es eben geht, „geordnet“, und wo man
nicht willig ist, braucht man Gewalt. Geradezu empört hat ein
solcher Anschlag auf den obersten Gerichtshof. Dasselbe sollte ein
Erbchaftsprozesse entschieden werden, in dem sich Milan für eine der
streitenden Parteien verwannte. Georgewitsch sandte nun mit der
ihm eigenen Unversorgtheit einen Vertrauensmann zu den be-
treffenden Richtern, um sie zur Abgabe des gewünschten Votums zu
bewegen. Drei Richter wiesen das Ansuchen mit Entschiedenheit
zurück, wurden aber gleich darauf in den Ruhestand versetzt. So
etwas ist bisher selbst in Serbien nicht vorgekommen.
Zugleich wird der „Wost. Ztg.“ aus Belgrad gemeldet, daß der
frühere liberale Minister Rudowitsch unter der Anklage wegen Ver-
truges verhaftet worden ist. —

Türkei.

Konstantinopel, 13. April. Von russischer Seite werden
die Nachrichten, daß man die Pforte wegen der Zahlung der Kriegs-
entschädigungs-Rückstände bedränge, für unbegründet erklärt. Die
Absicht, eine diesbezügliche Note zu überreichen, sei seit Monaten
verloren. Auch habe man nicht ausdrücklich auf der Zahlung der-
selben aus der griechischen Kriegsentwädigung, sondern nur auf
Baarzahlung bestanden, welche durch die Ottomanbank gewährleistet
werden solle. Man gebe sich der Hoffnung hin, die Pforte werde
ein freundschaftliches Uebereinkommen treffen. —

Asien.

— Die Verbreitung der Pest über ihr bisheriges Ge-
biet vielleicht auch nach Afrika und Südamerika, muß infolge ihres
starken Auftretens in Schiddah, dem Hafenplätze für den wichtigsten
nuhamedanischen Wallfahrtsort, Mekka, befürchtet werden. Zahl-
reiche Todesfälle und Erkrankungen an der indischen Pest
werden aus Schiddah und anderen arabischen Orten fast
täglich gemeldet. Wohl haben einige Regierungen Wallfahrten nach
Mekka, solange die Pest herrscht, streng verboten. Wichtiger wäre
es, wenn die türkische Regierung zu energischen hygienischen Maß-
nahmen im Epidemiegebiete und zu einem strengen Abschluß dieses
Gebiets gegen jeden Zugang gezwungen werden könnte. Doch solche
Sorgen sind den europäischen Regierungen anheimelnd weniger
wichtig, als ihre hochpolitischen diplomatischen Schachzüge. —

— Was hat sich in der Lage China's verändert?
Die „Daily News“ nehmen ein Inventar auf über die Ver-
änderungen, die sich bis zur Stunde nach all den Okkupationen,
Nachzungen und Ruhestörungen der letzten Wochen in
China in kommerzieller, politischer und maritimer Beziehung ergeben
haben: Kommerzielle Veränderungen. 1. China verpflichtet sich, daß
die Gebiete des Yang-tse-Flusses nicht an eine andere Macht ver-
pachtet, verkauft oder abgetreten werden sollen. Das Yang-tse-Fluß-
thor ist der reichste Theil des chinesischen Reiches und bildet das beste Feld
für kommerzielle Unternehmungen. 2. Die Sinnenwasser China's
sollen dem Verkehr eröffnet werden. Eisenbahnen sind gut für den
Handel, aber sie kosten Geld. Und es nimmt auch Zeit in Anspruch,
sie zu bauen. China ist besonders gut mit Wasserstraßen versehen,
und diese bestehen schon. 3. In Yunnan soll innerhalb zwei Jahren
ein Vertragshafen eröffnet werden. Anderwo sollen drei neue
Vertragshäfen hinzukommen. Letzteres hat erst gestern Arthur
Balfour angekündigt. 4. Rußland bezieht Taktienwan, das mit der
sibirischen und manchsichischen Eisenbahn in Verbindung gesetzt
werden soll. Taktienwan soll dem Handel der Welt „unter den
günstigsten Bedingungen“ offenstehen. 5. Deutschland hat Rußland
besetzt, daß auch Eisenbahn-Verbindungen erhalten soll. Der Hafen
soll ein „Freihafen“ werden. Deutschland wünscht auch kein
Eisenbahn-Monopol. Vom kommerziellen Gesichtspunkt aus
betrachtet sind diese von Rußland und Deutschland erlangten
Vortheile und in keiner Weise ungünstig. Im Gegentheil wird die
Entwicklung des Eisenbahnwesens und die ausländische Verwaltung
dem britischen Handel sehr zu gute kommen. Wenn es nicht an
britischem Unternehmungsgeist mangelt, müssen diese kommerziellen
Veränderungen in großem Vortheil für unseren Ausfuhrhandel,
unsere Ahderei und unseren Zwischenhandel resultieren. Welche
Garantien haben wir aber, daß diese Wünsche auch erfüllt werden?
Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir zu den politischen
Veränderungen übergehen. Diese sind: 6. Englische und deutsche
Firmen haben eine chinesische Anleihe übernommen. Das hat
kommerzielle wie politische Bedeutung, weil die Anleihe, wenn die
Bedingungen streng durchgeführt werden, dem Handel einen bedeutenden
Anreiz geben wird. 7. England ist die Kontrolle des chinesischen
Seezollwesens garantiert, solange der englische Handel nach China größer
ist als der eines anderen Landes. Damit ist die christliche und unrichtige
Leitung eines wichtigen chinesischen Verwaltungsdressorts gesichert.
8. Rußland hat sich einzuweilen von Korea zurückgezogen. Der
Versuch, McHenry Brown abzuführen, ist aufgegeben worden. 9. Eng-
land wird, auf Ersuchen China's, chinesischen Marine-Offizieren be-
sonders Gelegenheit zur Ausbildung geben. Was endlich die Ver-
änderungen betrifft, die sich im Marinewesen vollzogen haben, so
steht sich die Sache so: 10. Rußland hat die Festung Port Arthur
besetzt. Nach den jüngsten russischen Versicherungen hat Rußland
die Absicht aufgegeben, es zum Handelshafen zu machen. Dagegen
wird Port Arthur den Kriegsschiffen aller Nationen ebenso offen
stehen, wie es unter chinesischer Verwaltung der Fall war. Im
Wesen aber wird es das Sebastopol des fernen Ostens werden.

11. England hat die Abtretung Weichaiwei's unter denselben Be-
dingungen erlangt, wie Rußland die Port Arthur's. Ueber diese
Angelegenheit haben die Minister wenig neue Aufschlüsse gemacht.
Japan ist freundlich gesinnt, und es besteht keine Gefahr, daß
Deutschland Schwierigkeiten bereiten wird. —

Korea nisches.

Aus Yokohama wird telegraphirt:
Der neue russische Gesandte in China Spreyer und der
russische Finanzrath Alzejew haben Seoul verlassen und sich nach
China begeben. — Berichten zufolge soll im Innern Korea's ein
Aufstand ausgebrochen sein.

Bei den auf der Balkanhalbinsel gesammelten Erfahrungen der
russischen Agenten wird es ihnen leicht sein, auch in Korea „Revo-
lutionen“ zu arrangiren, um durch dieselben den Vorwand einer
bewaffneten Intervention sich zu schaffen. —

Afrika.

— Der Siegesnachricht der Engländer folgt eine
französische Hubschiffahrt auf dem Fuße. Der Pariser „Matin“
erhält aus der abessinischen Hauptstadt Addis-Ababa die briefliche
Nachricht, die Expedition des Majors Marchand sei vollständig ge-
scheitert; Marchand sei von seinen Gefährten und Lenten verlassen
und sege die Reise fast allein fort.

Der Zweck dieser mißglückten Expedition war die Herstellung
einer Verbindung der westafrikanischen Besitzungen Frankreichs mit
dem ägyptischen Hinterlande. In England wird man dem Miß-
erfolge der so gescheiterten Franzosen keine Thränen nachweinen. —

Amerika.

— Kanada will sein Zollgesetz nunmehr dahin abändern,
daß die Zollvergünstigungen nicht mehr allen Staaten ein-
geräumt werden können, soweit sie entsprechende Gegenleistungen ge-
währen, sondern ausschließlich England, Indien, Neufundland
und Britisch-Indien. Wegen des bis Ende Juli laufenden eng-
lisch-deutschen Handelsvertrages kam bekanntlich die Bevorzugung
Englands bisher auch Deutschland ohne weiteres zu gute. Nach
dem neuen Plane des Finanzministers Fielding würde das in Zu-
kunft selbst durch deutsche Zugeständnisse nicht mehr zu erreichen
sein. Inzwischen wird man gut thun, ausführliche Berichte abzuwarten.

Zollvergünstigungen sollen herbeigeführt werden für Rohzucker von
60 auf 66 1/2 Cents pro Zentner, für raffinirten Zucker von 1 Dollar
auf 1 1/4 Dollar. Der westindische Rohzucker soll jedoch 25 pCt.
weniger Zoll wie der Rübenzucker aus Brämländern zahlen,
ebenso soll der Konsumzucker zollbegünstigt sein, der ganz aus
britischem Kolonialzucker gewonnen ist. Dr. Fielding bestonte
dabei nach dem „Times“ die Nothlage Britanniens, daß zu einem
reichen Absatzgebiet für Kanada werden könne, während es heute
von den Vereinigten Staaten fast monopolisirt sei; auch auf das
Band imperialistischer Zusammengehörigkeit wies er hin.

Die englischen Blätter sind bisher sehr still: einmal wird
ihnen die Sache nicht allzu wichtig erscheinen, und dann paßt
das Vorgehen sehr wenig zu der sonst so laut ver-
kündeten Politik der gleich „offenen Thore“
für die Waaren aller Länder. Kanada wird sich wahrscheinlich die
Sache nochmals überlegen, wenn es erst die Erfahrung macht, daß
andere Länder ihrerseits auch die Konsumzucker Kanada's bei ihrer
Einfuhr bevorzugen können. Den Zucker-Differenzialzoll begreifen
wir als Gegner der Zuckerprämien natürlich ganz wohl. —

— Die Lage in Brasilien wird von der in San Paulo
erscheinenden „Germania“ trostlos geschildert. In einem Artikel,
der mit den Worten „Staatsbankrott oder Revolution!“ beginnt,
findet sich die folgende Stelle:

Die Lage ist eine trost- und hoffnungslose, und nur noch heroische
Mittel können helfen, wenn es nicht auch für solche schon zu spät ist.
Unser Vertrauen im Auslande ist gänzlich geschwunden, der
Unternehmungstrieb im Innern, dessen keine Nation entbehren
kann, ist auf Null gesunken. Die gegenwärtige Regierung aber
hat den unwiderleglichen Beweis geliefert, daß ihr weder
das Können noch die Energie zu eigen ist, diese unhaltbaren Zu-
stände zu beseitigen. Sie wandelt nach wie vor auf falschem Wege.
Alltäglich dringen Gerüchte in die Oeffentlichkeit, welche von der
bedenklichsten Ausgabe einer Papier-Emission, und von zum Glück
bisher mißlungenen Versuchen externer und interner Anleihen be-
richten. Wohin soll und kann das führen? Bedenkt man denn gar
nicht, daß unsere schon heute bis zur äußersten Grenze entwerthete
Landesmünze logischerweise durch jeden neuen Papierschilling um ein
weiteres entwerthet werden muß? —

— In den „Sozialistischen Monatsheften“ ver-
öffentlicht Genosse Ledebour einen Artikel „Die Sozial-
demokratie an den Opportunismus gewöhnt wird“, in dem er die
schon in einer Versammlung vorgebrachte Beschwerde über die Ab-
kehrung seiner Politik gegen die Veröffentlichung des Wortes
der Heine'schen Kandidatenrede ausführlich wiederholt. Da es nicht
das erste Mal ist, daß der „Vorwärts“ Ledebour'sche Partei-
richtungen abzulehnen sich in der Lage sah, so begreifen wir,
daß der Genosse sich einigermaßen gekränkt fühlt. Wenn
er jedoch sein Gefühl des Unwillens gegen die Redaktion
in die günstigsten Formen kleidet und wenn er antwortet
aus der Nichtaufnahme seiner Darlegungen die größten
Parteigefahren wittert, so beneiden wir den Genossen weder um das
darin hervortretende Despit an gutem Geschmach noch um die hohe
Ueberzeugung von der Wichtigkeit seiner Person als des Schärferen
des Parteigewissens“, wie er sich selbst öffentlich bezeichnet hat.

Wir haben aber keinerlei Veranlassung, uns mit den Einzel-
heiten der Ledebour'schen Ausführlichkeiten hier zu befassen und aus-
führlicher die Korrektheit unseres Verfahrens gegenüber Ledebour
nachzuweisen. Wie wir schon mittheilten, hatte sich Ledebour bereits
bei der Preßkommission beschwert und ist auch dort abgewiesen
worden. Mag er sich an die weiteren Beschwerde-Instanzen wenden,
da werden wir ihm gern Rede stehen. —

Parlamentarisches.

Das Verzeichniß der unerledigten Vorlagen ist im Ab-
geordnetenhause gestern ausgegeben worden. Danach sind noch nicht
durchberathen 15 Regierungsvorlagen, 5 Kommissionsberichte über
Anträge, 9 Initiativanträge, 2 Interpellationen, 29 Kommissions-
berichte über Petitionen. Von den Regierungsvorlagen stehen u. a.
zur 2. und 3. Berathung: der Gesetzentwurf über die Disziplinär-Ver-
baltnisse der Privatdozenten an den Landesuniversitäten, der Ge-
setzentwurf über das Auerrecht bei Landräthen in der Provinz West-
falen, der Gesetzentwurf über das Dienstverkommen der Marine.
Der erste, zweite und dritte Berathung haben noch zu erfahren u. a.
der Gesetzentwurf über die Erweiterung und Bervollständigung des
Staatseisenbahnnetzes und die Theilnahme des Staates an dem
Bau von Kleinbahnen. — Unter den Kommissionsberichten über
Anträge befinden sich die der Budgetkommission über die An-
träge v. Arnim, betreffend die Erhöhung des Einkommens der
Höfster, Köhler, betreffend die Verbesserung der Gehälter der
Lehrer an den vom Staate und andern gemeinsam unterhaltenen
Betransplanten, der Agrarkommission über den Antrag des Abg. Gerold,
betr. Uebernahme der Kosten thierärztlicher Untersuchungen auf die
Staatskasse. Von den Anträgen stehen noch zur Berathung die der
Abgeordneten Baensch-Schmidlein und Seydel (Girschberg), be-
treffend die Neuorganisation der Schulunterhaltungspläne, des Ab-
geordneten Camp, betreffend die Revision der zur Ausführung der
reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe erlassenen Ver-
ordnungen, der Abg. v. Wendel-Steinfeld und Ding, betr. Maßregeln
gegen Viehseuchen sowie Einführung der obligatorischen Fleischschau, der
Abgeordneten Nicker und Träger auf Annahme eines Ge-
setzentwurfs, betreffend den Religionsunterricht der Kinder von Dis-
sidenten. Die beiden einzigen Interpellationen dieses Jahres stehen
auf den 19. d. M., nämlich die Interpellation Szmula, betreffend
die Beseitigung des Mangels an Rändigen Diensten und land-
wirtschaftlichen Arbeitern in den östlichen Provinzen, und des Abg.
v. Brodhagen, betreffend den Detailhandel der Waarenhäuser u. s. w.
— An einen Schluß vor Pfingsten ist der „Deutschen Tagesztg.“
zufolge, unter keinen Umständen zu denken. —

Wahlbewegung.

In Bremen und Angermünde haben die Vertrauensmänner-Versammlungen des Bundes der Landwirthe sich einstimmig für den von den konservativen Parteien aufgestellten Kandidaten Herrn v. Winterfeldt-Mentke ausgesprochen.

In Posen wird wahrscheinlich Landtags-Abgeordneter Rottig als Kandidat der sog. polnischen Hospartei aufgestellt werden; man hofft, daß der Kandidat der polnischen Volkspartei, Andrzejewski, noch zurücktreten werde.

Im 12. Hannover'schen Wahlkreise Göttingen-Münden ist der Prof. Dr. Esser aus Göttingen aufgestellt worden. Der „Dann. Courir“ erwartet, daß diese Kandidatur die Zustimmung des Bundes und der Nationalliberalen finden werde.

Die feindlichen Brüder der Sammlungs-politik fahren fort, sich gegenseitig vorzuwerfen, daß sie bei dem Kompagniegeschäft die Störenfriede seien. Heute hält die „Deutsche Tageszeitung“ den Nationalliberalen wieder zwei Sündenfälle vor. In Rothenburg-Hoyerswerda wollen diese den frei-konservativen Grafen von Arnim nicht unterstützen und im Wahlkreise Sondershausen haben sie dem Oberamtmann Börner, obwohl er der nationalliberalen Partei beitreten will, einen Herrn Sombart aus Magdeburg entgegengestellt.

Die pfälzischen Nationalliberalen haben sich nun ganz und gar dem Bunde der Landwirthe verschrieben. Sie haben sogar auf die Forderung verzichtet, daß die von beiden Parteien gemeinsam aufgestellten Kandidaten der nationalliberalen Reichstagsfraktion beitreten müssen.

Vom Bunde der Landwirthe ist in Ulm der Rechtsanwalt Oswald Ulm, im Kreise Merzenheim der Stadtpfarrer Haug-Langenau aufgestellt.

Im Dehringer Kreise (Württemberg) ist, nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“, Schultzeis Dröbner von Heilbronnhausen von Mitgliedern des „Bundes der Landwirthe“ als Reichstagskandidat aufgestellt worden.

Das „Journal de Colmar“ meldet, der Reichstags-Abgeordnete Spies werde bei der bevorstehenden Wahl seine Kandidatur im Wahlkreise Schlestadt nicht wieder aufstellen. An Stelle des Herrn Spies werde der Rechtsanwalt Bondercheer aus Strazburg kandidieren.

Partei-Nachrichten.

Todtenliste der Partei. In Gera ist der Parteigenosse August Leucher gestorben. Er war Ende der 70er Jahre verantwortlicher Redakteur der von Bräuer redigirten „Reichsboten“ und hat sich eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten zuzug. Durch sein mannhaftes Eintreten für die Interessen des Proletariats hat er sich bei der Arbeiterschaft Gera's ein dauerndes Andenken gesichert.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Vom Landgericht in Königsberg i. Pr. wurde der Parteigenosse Erdmann, Redakteur an der „Königsberger Volksstimme“, wegen Beleidigung des Landraths Brausch in Insterburg zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt.

Gegen die Freisprechung des Redakteurs der „Tribüne“ in Grlitz, Heinrich Schulz, von der Anklage der Beleidigung des Bürgermeisters Knobloch in Sangerhausen hat der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Kongress der Schuhmacher Deutschlands.

Samstag-Sitzung. Telegrame sind eingegangen von den Zahlstellen Magdeburg, Meß. — In der Diskussion leitet Strähling-Offenbach die Aufmerksamkeit auf die Lohnfrage und den Arbeitsnachweis. Statt eines einheitlichen Tarifs wünscht er Garantie eines Mindestlohnes, dazu zunächst Befreiung der Akkordarbeit. Der Arbeitsnachweis sei mehr den Kommunalverwaltungen zuzuweisen.

Weiß-Weißensfeld tritt für stabilere Organisation ein und für Unterstützungskassen. Die Weißensfelder Krankenzusatzkasse hat günstige Erfolge. An Stelle des Tarifs empfiehlt er Befreiung der Akkordarbeit. Der Tarif sei wegen der Verschiedenheit der Arbeit schwerer zu erreichen, als bei den Buchdruckern. Durch die Eröberung des Arbeitsnachweises würden die Maßregelungen nicht befeitigt. Bei uns verlangen die Fabrikanten einen „ordnungs-mäßigen“ Entlassungsschein.

Hermann-Berlin: Der Zusammenschluß der Fabrikanten ist durch die Entwicklung begründet und arbeitet der weiteren vor, da der einzelne dort keine Selbstständigkeit ausübt. Es ist zu prüfen, ob nicht die Entscheidung über Streiks den Organisationen zu übertragen ist. Wer die Opfer bringt, muß auch entscheiden, ob ein Kampf angebracht ist. Vereinigungsgesetze bedeuten stehen nicht entgegen. Doch dürfen wir die untersten Schichten, die nach Hebung streben, nicht zurücklassen, auch wenn es Opfer kostet. Der Arbeitsnachweis muß in unsere Hände. Maßregelungen verbindet das nicht, aber er ist dann keine Waffe der Unternehmer. Mit dem Kassenwesen muß gebrochen werden.

Ein Antrag Offenbach ist eingegangen: Bei allen Lohnbewegungen ist die Abschaffung des Akkordsystems in den Vordergrund zu stellen.

Simon-Grlitz: Seit dem letzten Kongress sind fast alle Bewegungen verunglückt. Es ist zweifelhaft, ob selbst die Mehrheit der Arbeiter für Befreiung der Akkordarbeit zu haben ist. Lohn-tarife solle man für die einzelnen Städte verlangen, nicht einen einzigen, da die Arbeit zu verschieden ist. Die prozentuale Abgabe ist nicht überall durchzuführen. Die Zahl der Austritte war früher noch größer. Vor acht Jahren hatten wir auch 15 000 Mitglieder, die in zwei Jahren auf 7-8000 sanken.

Boch betont, daß er keine allgemeinen gleichen Lohn, sondern nur für gleiche Arbeit gleichen Lohn fordere.

Hahn-Nürnberg: Die Nürnberger Zustände gehören zu den schlechtesten. Die Schoorarbeiter führten im vorigen Frühjahr einen Lohnkampf, der theilweise Erfolg hatte. Die schlechtesten Verhältnisse sind in den fränkischen Schuhfabriken, die auf alle übrigen drücken. Unter 1500 Arbeitern sind dort 3-600 Fabrik-ler, sonst alles Heimarbeiter, die ohne Versicherungswang bei Stellung der Futturen und Werkzeugen durch lächerlich niedrige Prämien zu maßloser Arbeit angetrieben werden; bei 15-18stündiger Arbeitszeit 15-18 M. Wochenlohn mit Hilfe der Familie. Fiktional auf dem Lande.

Schaper-Barmen weist auf die verschiedenen Ursachen der Lohnrückfälle hin, so das Entstehen der Schnellschleier.

Hauschuh-Weißensfeld: Zur Hebung der Organisation ist das Unterstützungswesen auszubauen und Ordnung in die Erhebung der Beiträge zu bringen. Nach der Aussperrung sind in Weißensfeld weniger Mitglieder ausgetreten, als neu gewonnen wurden.

Grünmayer-Offenbach: Keine Streiks um kleine Dinge! Unser Antrag gegen das Akkordsystem bezweckt nur, wo es möglich ist, dessen Abschaffung zu verlangen; auch viele Fabriken werden damit sympathisiren.

Kölle-Hamburg: Die Befreiung der Akkordarbeit ist schon im Verbandsstatut als Ziel aufgestellt. Die Meister selbst sind vielfach dagegen, weil kein Minimallohn garantiert ist. Manche können auch nicht genug bekommen. Die Logiesarbeiter sind dagegen, weil sie dann auf Werkstatte arbeiten müßten. Wir stießen vor 2 Jahren mit der Forderung der Abschaffung viele ab, ebenso in Bremen. Die Veröffentlichung von Lohnlisten ist bei den Fabrikanten jetzt Mode, nur sind sie stark gefährdet. Eine Lohnstatistik für die einzelnen Branchen ist notwendig. Nebenher begründet die Eröberung des Arbeitsnachweises ebenfalls mit der Analogie der Waarenbörse. Die städtischen Nachweise werden in den meisten Orten unseren Gegnern zu Diensten sein.

Weber-Berlin: Der Arbeitsnachweis der Fabrikanten dient immer zur Bekämpfung der Streiks, auch wenn die Fabrikanten diese nicht durch Aussperrung der gesamten Arbeiter unberechtigt erklären. Er weist dann nur der im Streit be-

findlichen Fabrik Arbeiter zu, wodurch die Arbeitslosigkeit steigt. Nach Berlin findet großer Zugang statt, obwohl hier die Löhne geringer sind als in der Rheinregion. In einer Fabrik bieten sich oft 20 Arbeiter an einem Tage an. Bei den Bessergestellten kommen wir mit Abschaffung der Akkordarbeit nicht an.

Kieriem-München: Viele sind mit der Gewerkschaft unzufrieden, da andere mehr leisten. In der Agitation wird viel verfaßt. Schauerliche Zustände in Augsburg, wo eine Organisation fast unmöglich ist. In kleineren Orten Südbayerns gründen man jetzt nachmaliger kleiner Fachvereine vereinigter Gewerkschaftsvereine, die sich in Sektionen gliedern. In München ist heute in jeder Fabrik die Mehrheit organisiert. Arbeitslosen-Unterstützung ist nöthig, ebenso frühzeitige Beitragsleistungen der Streikflüchtigen, die durch ihre Beiträge dann zusammengehalten werden.

Ein Antrag Erfurt ist eingegangen: Eine fünfgliedrige Kommission zur Feststellung der Lage der Arbeiterinnen zu wählen. Das Material soll im Februar 1899 von einer Konferenz der Vertrauensleute und des Vorstandes bearbeitet und danach weitere Maßregeln beschlossene werden.

Höbnermann-Birmasens schildert die dortigen Verhältnisse als tief traurig. Viele Heimarbeiter, die bis zu 9 Stunden entfernt wohnen. Also keine Aussicht auf Befreiung der Akkordarbeit. Die Heimarbeit sei heute noch billiger, als die Maschinenarbeit. Zwölfstündige Arbeitszeit; die Arbeiterinnen nehmen noch Arbeit mit nach Hause, oft ohne Wissen der Unternehmer. Besonderer Mißbrauch ist das „Gutgeld“: wöchentlicher Lohnabzug von 1-2 M., das zu Weihnachten dem Arbeiter, wenn er noch in der Fabrik ist, ausbezahlt wird.

Rowat-Berlin ist gegen den Antrag Erfurt. Wir haben Kommissionen genug. Das Material kann man an den Hauptvorstand senden.

Häbel-Delitzsch: Eine Agitationskommission bereitet doch regelmäßige Hausagitation mit gutem Erfolg. Vor 2 Jahren 126, jetzt gegen 300 Organisirte (von über 200). So wurden ohne Streiks Lohnausbesserungen bis um 3 M. per Woche erzielt.

Kölle theilt mit, daß 51 Delegirte 98 Orte vertreten. 25 sind Hand-, 26 Fabrikarbeiter. Schluß 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Mainz, 12. April.

Vormittags-Sitzung. Nach weiteren Ausführungen von Walter-Schwein, Dirse-Halle, Gliese-Frank a. M. und Stolle-Erfurt wurde die Resolution Boch einstimmig angenommen.

Zum Antrag Erfurt erklärt Simon, daß sie sich nicht auf eine besondere Kommission stützen, sondern einverstanden sind, die Aufgabe den Agitationskommissionen zu überweisen.

Kölle empfiehlt, die Resolution zurückzustellen für die Generalversammlung.

Die Antragsteller sind einverstanden.

Der Antrag Offenbach (Akkordarbeit betr.) wird auf Empfehlung Kölle's zurückgezogen, nachdem Grünmayer auf die Bedeutung der Sache hingewiesen hat.

Kölle weist nochmals auf die Bedeutung hoher Beiträge hin.

II. Die Lohnbewegungen von 1896-98.

Referent Siebert: Der Beschluß von Kassel (1896), nem-ständige Arbeit und Lieferung der Futturen zu fordern, sollte keine allgemeine Kampfform sein, sondern nur der Bedruck für die Indifferenten. Aus Mißverständnis erfolgten viele Streiks, die man hätte vermeiden können. Die Kollegen überschätzten häufig ihre Kräfte, unterschätzten das Heer der Streikbrecher, die gerade an die Stelle der zuverlässigsten Leute treten. Der Kongress muß gegen ausschließliche Streiks Stellung nehmen. Nur solche Lohnbewegungen, die auf Abschaffung der Akkordarbeit abzielen, sollen vornehmlich unterstützt werden. Auch die Arbeiterinnen müssen in die Organisation gezogen werden. Streikende Zwieler ersetzt die Zwielmachine. Die Einführung des Zeitlohnes würde die enbloßen Taxifreistigkeiten befeitigen.

Von Oktober 1896 bis März 1898 fanden statt: 52 Streiks, die beim Verein angemeldet wurden, davon 22 Abwehr-, 27 Angriffs-streiks, 3 Ausperrungen. Nach der Urfrage: Lohnabzug 11, Maßregelung 8, Nichterhaltung der getroffenen Vereinbarungen 1, Maßregelung eines Arbeiters 1, Lohnerhöhungs-forderung 15, Abkürzung der Arbeitszeit 5, Abschaffung der Futturen 4, Feier des ersten Mai 2, Befreiung der Hausindustrie 1. Betheiligt waren 6199 Arbeiter, davon 3777 Mitglieder des Vereins bei Ausbruch der Streiks. Zusammen umfaßten sie eine Zeit von 185 Wochen. An Unterstützung leistete der Verein 78 695,60 M., dazu kommen freiwillige Beiträge 68 350,77 M., Gesamtausgabe 147 046,37 M. Streikbrecher fanden sich bei 25 Streiks, Erfolg hatten 21, theilweise 9, keinen 18. Durch Vergleich endeten 3. Keine Woche ohne Streiks. Dazu viele Lohnbewegungen ohne Streik.

In der Großindustrie sind nur einzelne Organisationen tüchtig. Die Fabrikarbeiter sind heute bereits die Mehrheit. Aber die Einsicht sollte bei ihnen. Organisiren sie sich, so sollen auf einmal alle Uebelstände befeitigt werden. Vorher lassen sie sich gegen einander auspielen und erdulden alles. Dann soll der Streik die Wünschelrute sein. Wenn der Fabrikant keine Arbeiter braucht, provoziert er durch Maßregelung einen Streik. Solche prinzipiellen Streiks können wir heute noch nicht gewinnen. Es muß zuerst bei den schlechtesten Zuständen angefangen werden, damit wir die Streikbrecher los werden. Die Leitung, die die Uebermacht hat, muß entscheiden über die Aussicht der einzelnen Streiks. Genaue Berichte und zielbewusste Organisation der Zustände sind notwendig. Manche streiken gern ein paar Tage, nachher laufen sie wieder in die Fabrik. Geschulte Leute gehören an die Spitze. Vergebens wir nicht unser Geld für Streiks, verwenden wir es für Organisation und Agitation!

Folgende Resolution ist von Berlin und Erfurt beantragt: In Erwägung, daß durch die Koalition der Unternehmer voranzusetzen ist, daß die Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete in Zukunft an Umfang und prinzipieller Bedeutung sich verschärfen werden, ist es unbedingt notwendig, unsere Organisation neben der notwendigen Ausbreitung und Vertiefung der Grundsätze finanziell so zu gestalten, daß wir den bevorstehenden Kämpfen gewachsen sind. Deshalb beantragen die Berliner Kollegen:

1. Neben den Vereinsbeiträgen werden die in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter verpflichtet, folgende prozentuale Sätze an den Streikfonds abzuführen. Bei einem wöchentlichen Verdienst bis 12 M. 10 Pf. von 18-25 " 20 " von 25-30 " 30 " über 30 " 50 "

2. Die Entscheidung über Ausstände und die örtliche Leitung derselben sind in die Hände des Zentralvorstandes zu legen. Hermann-Berlin giebt in 1 1/2stündiger Rede eine ausführliche Darstellung der Vorgeschichte und des Verlaufes der letzten Bewegung im Berliner Schuhmachergewerbe; er empfiehlt die Annahme der Resolution.

Nachmittags-Sitzung. Die Diskussion über die Streiks wird fortgesetzt. Das Resultat der stundenlangen Debatte ist die Ueberweisung der Berliner Resolution und des Streikreglements-Entwurfs an die Generalversammlung des Verbandes.

III. Anträge.

Auf einen Antrag Siebert bezüglich des Boykotts über die Firma Tac u. Co. in Burg wird nach längerer Diskussion der Zentralvorstand beauftragt, mit Tac in Verbindung zu treten, um die Aufhebung dessen Boykotts über die Bereindmitglieber gegen Aufhebung des Boykotts über die Firma herbeizuführen.

Bezüglich des Fachblattes theilt Kölle mit, daß keine Bewerbe bei der Preßkommission eingegangen ist. Von einer Diskussion über die Haltung des Blattes wird Abstand genommen. Kölle schließt um 7 Uhr den Kongress mit Hinweis auf die Bedeutung der gesprochenen Verhandlungen und dem Appell zu träftiger Organisationsarbeit.

Dritter Kongress der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Gera, 11. April 1898.

Im Anschluß an die gestern zu Ende geführte Generalversammlung findet heute ein Kongress der Textilarbeiter statt. Anwesend 59 Delegirte, der nationale und internationale Vertrauensmann der Textilarbeiter, Redakteur Wagner und die Leitung des Fachorgans. Die Generalkommission der Gewerkschaften vertritt Reichstags-Abgeordneter Legien-Hamburg. Als Vorstehende fungiren Reichelt-Burgstädt und Gerny-Gera; als Schriftführer Wagner-Burgstädt, Gladewitz-Zwickau und Georgi-Glauchau.

Tagesordnung: 1. Presse und Neuwahl der Preßkommission. Es wird gewünscht, daß der „Textilarbeiter“ etwas interessanter und „feurer“ ausgestattet, besonders aber auf wissenschaftliche Artikel mehr Werth gelegt werde. Die Redakteure können bei dem jetzigen Etat eine wesentliche Verbesserung nach dieser Richtung hin nicht in Aussicht stellen. Es wird beschossen, daß die Leitung des Blattes außerhalb der Redaktion stehende Mitarbeiter mit ihrem Gehalt nicht engagiren, sondern wissenschaftliche Artikel nach Bedarf und diese ihrem Werthe entsprechend bezahlen soll. Auch soll sich die Redaktion mehr als bisher an das vor mehreren Jahren von der Preßkommission aufgestellte Programm halten. Die bestehende Preßkommission wird wieder-gewählt.

2. Agitation. Zunächst wird hier dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß Grlitz, wo die Verbandleitung ihren Sitz hat, auf dem Kongress nicht vertreten ist. Es erweckt dies den Ansehen einer Demonstration gegen den Kongress, der doch in mancher Beziehung von weittragender Bedeutung sei. — Während im weiteren der Nürnberger Delegirte dem christlich-sozialen Verband die Lebensfähigkeit abspriht, ist der Delegirte für Krefeld der Ansicht, daß diese Bewegung in manchen Distrikten doch an Boden gewinnen kann, wenn ihren Agitatoren nicht rechtzeitig und mit Geschick entgegengetreten wird. Am Niederrhein habe man den Pastoren und sonstigen christlichen Agitatoren das Wasser dadurch von der Mühle gelenkt, daß man sich mit den Nicht-organisirten auf bestimmte Forderungen einigte, wie sie die christlichen Agitatoren nicht zu stellen wagen. Der Verbandsvorstehende Süßch-Berlin sucht das Fernbleiben der Berliner mit der zu spät erfolgten Einberufung des Kongresses zu entschuldigen. Man habe nicht mehr Zeit gehabt, Stellung dazu zu nehmen, auch sei die Form der Einberufung eine solche gewesen, daß man habe annehmen können, es handle sich um eine Konferenz sächsischer Delegirter. Von anderer Seite wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß andere Filialen trotz der angeblich zu spät erfolgten Einberufung doch vertreten sind.

Es wird eine Resolution angenommen, die besagt, daß, um die Agitation intensiver betreiben zu können, überall da, wo es angängig erscheine, Agitationskreise gegründet werden sollen.

3. Der Posadowsky'sche Erlaß. Die Ausführungen des Referenten Redakteur Wagner-Burgstädt gipfeln in einer entschiedenen Verurtheilung der Absicht der Regierung, das eigentlich nur auf dem Papier stehende Koalitionsrecht der Arbeiter noch mehr zu beschränken. Er empfiehlt die Annahme folgender Resolution: „Der Kongress ermahnt in dem Posadowsky'schen Erlaß einen weiteren Versuch zur Verschlechterung des schon so beschränkten Vereinigungsrechts der Arbeiter, gegen die er im Interesse einer ungehemmten Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen mit aller Entschiedenheit protestirt. Er fordert im Gegenzug zu den arbeitser-feindlichen Bestrebungen einer reaktionären Regierung vollkommene Vereinigungsrecht für alle Klassen der Gesellschaft.“ Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

4. Stellungnahme zu den deutsch-englischen Handelsverträgen. Hier wird es vom Referenten Gladewitz-Zwickau entschieden verurtheilt, daß man die Unternehmerorganisationen in Industrie und Landwirtschaft gefragt, die Arbeiter zu hören aber als „später vielleicht“ in Aussicht gestellt habe. Die Arbeiter könnten verlangen, daß sie unbedingt gehört werden. Es wird folgende Resolution angenommen:

Der Kongress hält es für notwendig, daß bei den Vorarbeiten zur Ausarbeitung neuer Handelsverträge von den dazu eingesetzten wissenschaftlichen Kommissionen bei den Erhebungen über die Lage der Textilarbeiter und Arbeiterinnen auch diese befragt werden. — Mit der weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit wird das noch zu wählende parlamentarische Komitee beauftragt.

5. Befreiung der industriellen Gefängnisarbeit. Nach kurzer Debatte wird auch diese Angelegenheit dem parlamentarischen Komitee überwiesen.

6. Wahl eines parlamentarischen Komitees. Mit Rücksicht darauf, daß die Regierung gegenüber den Resolutionen, die auf den Arbeiterkongressen beschloßen werden, ziemlich dickfellig ist, hält man es für angebracht, ein Komitee zu wählen, das die Kongress- und sonstigen Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu übermitteln hat. Diese Funktionen des parlamentarischen Komitees werden dem Vertrauensmann Wagner-Burgstädt übertragen. An das parlamentarische Komitee werden noch überwiesen die Punkte: Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die Hausindustrie sowie die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren.

Stellungnahme zum internationalen Textilarbeiter-Kongress. Es wird beschloßen, die Wahl der Delegirten zu dem im nächsten Jahre in Deutschland tagenden internationalen Kongress den einzelnen Landeskonferenzen zu übertragen. Als Ort für diesen Kongress wird Berlin, als Ersatz Hamburg bestimmt.

Der nationale wie internationale Vertrauensmann, Redakteur Wagner-Burgstädt wird für die folgenden zwei Jahre wieder-gewählt.

Streikfonds-Bestand 966,80 M. Ein Antrag, anstatt der 10 Pf.-Marken 25 oder 50 Pf.-Marken einzuführen, wird mit Rücksicht darauf, daß es jetzt schon schwer hält, Marken umzusetzen, abgelehnt. Als Sitz für das Streikfonds-Komitee wird Gera bestimmt. In Anschluß an die nächste Generalversammlung soll abermals ein Kongress abgehalten und hierfür zwei Verhandlungstage angelegt werden.

Mit dem Wunsche, daß trotz aller Versuche, die Arbeiter-Organisationen zu vernichten, diese mehr und mehr erstarben mögen, schließt der Vorstehende den Kongress mit einem dreimaligen Hoch auf die nationale wie internationale Textilarbeiterschaft.

Generalversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Göttingen, den 12. März.

In der Eröffnungssitzung am 11. d. M. abends, fand die Kon-stituirung der Generalversammlung statt.

In der Sitzung am 12. d. M. berichtete die Mandatsprüfungs-Kommission, daß mit den Vertretern des Ausschusses, des Vorstandes und der Zeitungskommission 82 Delegirte anwesend sind. Zu Vorstehenden wurden Klotz-Stuttgart und Eichinger-Nürnberg gewählt. Hierauf wurde in die Debatte über die Arbeitslosen-Unterstützung eingetreten. Der Vorstand hatte zur Information für die Delegirten einen ausführlichen schriftlichen Bericht mit statistischen Angaben über die Arbeitslosen-Unterstützungen sämtlicher Gewerkschaften, ihre Leistungen und Beiträge vorgelegt. Betont wurde, daß eine sichere statistische Unterlage über die Arbeitslosigkeit im Beruf der Holzarbeiter nicht zu gewinnen ist, und auch die Ergebnisse der von den einzelnen Berufen gegebenen finanziellen Aufschlüsse eine sehr verschiedene Juaussprache der Masse zeigen. Die Einführung dieses Unterstützungsweges selbst empfiehlt der Vorstand, nur mit Zustimmung der Mitglieder vorzunehmen, das heißt, eine Urabstimmung in der Sache herbeizuführen. Vor-geschlagen wurde:

1. Die Unterstützung wird erst nach einjähriger Karenzzeit gewährt, d. h. alle, auch die alten Mitglieder, können diese Unterstützung erst erhalten, wenn dieselben ein Jahr lang den erhöhten Beitrag geleistet haben.

2. Für die erste Woche der Arbeitslosigkeit wird keine Unterstützung gewährt.

3. Die Unterstützung darf innerhalb eines Jahres, vom ersten Unterstützungsantrag an gerechnet, die Höhe von 48 M. nicht übersteigen und kann, nachdem ein Mitglied ausbezahlt ist, erst nach Verlauf eines Jahres wieder gewährt werden.

4. Der Wochenbeitrag ist um 10 Pf., also von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen.

Die Reise-Unterstützung soll dann ebenfalls bis zum Höchstbetrage von 48 M. innerhalb des Jahres gesteigert werden. Es stellt sich nach eingehender Berechnung an der Hand des bisherigen Materials heraus, daß die Reise-Unterstützung bei einer Unterstützung von 1 M. pro Tag eine jährliche Mehrbelastung von 24 141,25 M. verursachen würde. Es empfiehlt sich deshalb, die Höchstgrenze auf 48 M. zu bemessen, dagegen die Kilometerberechnung und Mindestgrenze von 50 Pf. bei der Reise-Unterstützung beizubehalten, wodurch die Mehrkosten sich bedeutend vermindern und ungefähr die Summe von 6633,25 M. betragen dürften.

Aus dem Reglement, das vom Vorstand zur Beratung unterbreitet wurde, mögen noch folgende Bestimmungen hervorgehoben sein: Die Unterstützung soll nach einer Karenzzeit von einem Jahr gewährt werden, die Unterstützung ist auf 6 M. pro Woche bemessen, die nach den ersten acht Tagen der Arbeitslosigkeit eintreten soll. Die Mitglieder müssen die ihnen vom Verband nachgewiesene Arbeit annehmen, wenn sie nicht die Unterstützungsberechtigung verlieren wollen. Der Vorsitzende Karl Kloss glaubt mit einem Beitrag von 30 Pf. pro Woche auszukommen und hält die Einführung der Unterstützung gegenwärtig für sehr günstig, da bei einem geschäftlichen Rückgang die Einführung der Unterstützung um so schwieriger sein würde. Alle Organisationen beschäftigen sich mit dieser Frage. Wird der Vorschlag in der Abstimmung abgelehnt, so würde diese Frage uns in nächster Zeit doch wieder aufs neue beschäftigen.

W e t t e r s -Frankfurt wendete sich besonders gegen die Erhöhung der Beiträge. Auch die Arbeit der Verwaltungsbeamten würde so erheblich, daß sie zum Schaden des Verbandes der agitatorischen Tätigkeit gänzlich entzogen würden. In enger Beziehung damit stehe auch die Organisation des Arbeitsnachweises. Es entstehen städtische Arbeitsnachweise und wir müssen dann diesen Organisationen in ihrer Entwicklung hemmend entgegenreten. Unser Arbeitsnachweis selbst sei aber der Aufgabe nicht gewachsen.

S t u b e -Hamburg: Wenn eine Unterstützung von einiger Bedeutung eingeführt werden sollte, so müßte der Beitrag um 30 bis 35 M. erhöht werden.

S l a n d -Charlottenburg plädiert für eine fakultative Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung.

W e d e r -Hannover glaubt, daß mit einer Beitragssteigerung von 10 Pf. die Arbeitslosen-Unterstützung, nach den Erfahrungen, die man in Hannover mit der Einführung dieser Unterstützung gemacht habe, nicht ausreichen werde. Dagegen habe die Einführung selbst sehr gute Erfolge auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses ausgeübt. Die Mitgliederzahl sei gewachsen und vor allem eine sehr pünktliche Beitragszahlung eingetreten.

M a u s c h -Leipzig plädiert für einen besseren Ausbau der Arbeitsnachweise, für eine thätigkeits Agitation für den Verband, die bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschaffe, das sei die beste Arbeitslosen-Unterstützung.

W i l l i g -Gömnitz: Berücksichtige man die traurigen Verhältnisse im Erzgebirge, sowie die niederen Löhne in der Rohmächterbranche, so werde man zugeben müssen, daß es hier äußerst schwierig sei, bei einer Beitragszahlung von 30 Pf. Mitglieder für den Verband zu werben.

K ü h l -Hensberg und **C h r i s t i a n s e n -**Freiburg sprechen sich gegen den Vorschlag aus.

S i n g e r -Nürnberg: Wo bleibt in Deutschland die gesetzliche Grundlage für diese Experimente? Sie ist nicht vorhanden — blicke man doch nur nach Sachsen und berücksichtige man den Kampf um den § 168 der Gewerbe-Ordnung. Was haben die Gewerkschaften mit ihrer Arbeitslosen-Unterstützung erreicht? Der Holyarbeiter-Verband habe in den großen Städten vielfach eine kürzere Arbeitszeit erkämpft als die große Organisation der Buchdrucker. Man werde zwei Arten von Mitgliedern erzielen: die einen werden nur wegen der Unterstützung beitreten, die anderen für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpfen und dabei können die ersteren hemmend wirken.

N a c h m i t t a g s -Sitzung. Im Laufe der weiteren Debatte erklären sich die Delegierten **D e i n h a r d t -**Köln, **W a c k e r -**Gesfurt, **S ö p p e r -**Graben, **D ü r s e l -**Pöschappel, **S t a r k e -**Dresden und **S e i d e l -**Leipzig gegen die Arbeitslosen-Unterstützung. **F l ä t h e r -**Kassel weist darauf hin, wie gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges die Arbeiter der Arbeitslosigkeit anheimfallen, die am thätigsten für den Verband wirken. Insofern sei die Arbeitslosen-Unterstützung eine Unterstützung der Agitation und bietet denen einen Rückhalt, die im Interesse des Verbandes wirken.

R i n g u e r -Berlin: Die verheirateten Mitglieder können von den Unterstützungen, die der Verband gewährt, nicht viel beanspruchen, während die unverheirateten bei der Arbeitslosigkeit eine Reise-Unterstützung beziehen — eine Unterstützung, die fast gänzlich den ansässigen Verheirateten entgeht.

W i l l e r s -Süßed theilt mit, daß die Mitglieder seiner Zählstelle nicht für die allgemeine Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu haben seien, wohl aber es den einzelnen Zählstellen freigegeben wolle, solche Einrichtungen zu treffen.

S e d n e r -Breslau ist aus taktischen Gründen gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung.

G r o s s e -Hamburg wendet sich sehr entschieden gegen die Behauptung, als ob die Organisation sich dem Hirsch-Dunder'schen Fahrwasser nähere.

G l o c k e -Berlin bemerkt, es sei nicht richtig, daß mit dem Unterstützungsweisen der Geist der Organisation ein anderer werde. Gerade die englischen Gewerkschaften haben durch ihre großen Kämpfe bewiesen, daß sie die wirtschaftlichen Kämpfe nicht in den Hintergrund drängen. Es gilt jetzt gerade, die Mitglieder durch die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zu halten, da sie gerade bei einem wirtschaftlichen Niedergang am meisten verloren gehen könnten.

An der Debatte nehmen noch eine große Anzahl Redner sowohl für, wie gegen theil. Nach dem Schlusswort des Vorsitzenden **K l o s s** wurde zur Abstimmung geschritten, die die Ablehnung der Arbeitslosen-Unterstützung mit 62 gegen 18 Stimmen ergab. Ein Antrag aus Berlin, nun eine Abstimmung zu veranstalten, wurde gleichfalls abgelehnt.

Der Schweizerische Gewerkschafts-Kongress,

der am 11. April in Solothurn eröffnet wurde, nahm zu dem Punkt: Revision des Fabrikgesetzes, nachstehende Resolution einstimmig an: Der Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes erklärt sich für eine Totalrevision des Schweizerischen Fabrikgesetzes; er hält dafür, daß die Bundesversammlung nicht länger zögern sollte mit der Annahme dieser Reform. Die Revision sollte sich hauptsächlich zu erstrecken auf: 1. Ausdehnung des Begriffs Fabrik auf eine größere Zahl industrieller Etablissements, wobei als Norm angenommen werden kann die in einigen Kantonen bereits bestehende Spezialarbeiterschutz-Versicherung; 2. einheitliche Bestimmungen über die Entwicklung der Fabriken mit Bezug auf Luft, Raum und Lichtverhältnisse und die Schutvorrichtungen; 3. bestimmte Vorschriften über die Lohnzahlung (wenigstens 14 tägige Auszahlung ohne Ausnahme), Lohnabzüge und die Folgen des Verzuges bei Geldschulden, 4. Reduktion der Arbeitszeit auf zehn Stunden, Beschränkung der Ueberzeit-Bewilligungen; wo ein absolutes Verbot nicht angeht, Uebertragung der Kompetenz für Ueberzeit-Bewilligungen direkt an die Kantons-Anstalt an die Bezirksbehörden; 5. Reduktion der Arbeitswoche auf 48 Stunden für Arbeiterinnen und Freigabe des Sonntags-Nachmittags für dieselben; 6. Verbot der Sonntagsarbeit für alle Betriebe, mit Ausnahme derjenigen, in denen der Produktionsprozess aus technischen Gründen nicht unterbrochen werden darf, und für alle Berechtigungen, die nicht notwendig sind, um die Wiederaufnahme des vollen Betriebes am

Montag zu sichern. Ausnahmen sind im Gesetz genau zu bezeichnen; 7. Vermehrung des Fabrikinspektions-Personals durch Einsetzung weiblicher Beamten. Der Kongress beauftragt das Bundeskomitee, in Verbindung mit den anderen zentralen Arbeiterorganisationen eine Einladung zu machen über die Wirkung des Fabrikgesetzes, den gegenwärtigen Stand der Arbeitszeit in den verschiedenen Industriezweigen und die Wünsche der Arbeiterschaft, betreffend die Gesetzesrevision.

Eine längere Debatte wurde sodann über die Form der Organisation, speziell der Berufsverbände und ihres Verhältnisses zum Gewerkschaftsbund geführt. Das Ergebnis der beschlossenen Verhandlungen war die Annahme eines Antrages, wonach eine Kommission bestellt werden soll zur Prüfung der Frage, wie das Verhältnis der Zentralverbände zum Bundeskomitee umgestaltet und eine neue Aufschlüsselung der Pflichten und Kompetenzen der beiden Körperschaften vorgenommen werden könnte. In die Kommission, die in Zürich ihren Sitz hat, wurden sieben Mitglieder gewählt.

Nun folgte ein längerer, sehr interessanter Vortrag von **B u l l e t -**Legler über den Schutz des Vereinsrechts. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme, ebenso angenommen wurde ein Antrag **L a n g -**Jülich, darauf hinzuwirken, daß öffentliche Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben werden, welche das Vereinsrecht der Arbeiter achten und organisierte Arbeiter aus ihren Geschäften nicht ausschließen. **S a g h i**, Redakteur des in Lugano erscheinenden „Sozialist“, schildert den Terrorismus der Unternehmer und Behörden im Kanton Tessin gegenüber den Arbeitern und wünscht die kräftige moralische und finanzielle Unterstützung des Gewerkschaftsbundes, die zugesagt wird.

Aus dem gedruckt vorgelegten Tätigkeitsbericht des Bundeskomitees für die Jahre 1896/97 entnehmen wir, daß Ende 1897 der Gewerkschaftsbund 280 Sektionen mit 14 000 Mitgliedern zählte und 29 387 Fr. für Streikbewegungen in den beiden Berichtsjahren ausgegeben hat. Die Einnahmen betragen 57 190 Fr., der Kassenbestand betrug Ende 1897 12 319 Fr., heute beträgt er 16 148 Fr. Lohn- und Streikbewegungen kamen in den beiden Jahren 188 von, wovon 51 „Konflikte“, 40 Lohnbewegungen und 45 Streiks. 87 Fälle hatten ganzen oder theilweisen Erfolg, 49 Fälle verliefen für die Arbeiter ungünstig.

Auf Antrag des Metallarbeiter-Kongresses wurde beschlossen, das Bundeskomitee zu ermächtigen, mit dem sozialdemokratischen Parteikomitee in Verbindung zu treten behufs Anschluß des Gewerkschaftsbundes an die sozialdemokratische Partei.

Das Gehalt des Sekretärs wurde von 2400 Franks auf 3000 Franks inklusive Wohnungszuschuß erhöht und sodann auf eine neue zweijährige Amtsdauer der bisherige Sekretär **S a l o m e** wiedergewählt. Den Parteiblättern in Lugano, **C h a n g -**de-fonds und **S e n f** wurden Subventionen von insgesamt 900 Franks per Jahr bewilligt, wozu noch 500 Franks für die „Solidarität-Portogere“ kommen. — Mit 188 gegen 10 Stimmen wurde das Weitererhalten der „Arbeiterstimme“ als Gewerkschaftsblatt mit Einschluß der Sozialpolitik und Ausschluß der Politik beschlossen, und zwar soll sie wie bisher wöchentlich zweimal erscheinen. Als Vorort wurde wiederum Zürich bestätigt. — Darnach schloß **G r e u l i c h** nach einer kurzen Ansprache mit einem dreifachen Hoch auf das Blühen und Gedeihen der Arbeiterbewegung den Kongress. — Anwesend waren 187 Delegierte aus 188 Orten, ferner waren das sozialdemokratische Parteikomitee durch **L a n g -**Jülich und das Zentralkomitee des Grillvereins durch **E n d -**Zugern vertreten.

Die **österreichische Sozialdemokratische Oesterreichs** hielt zu Opatowitz ihren Parteitag ab. Der Bericht des Parteisekretariats konstatierte außerordentliche Fortschritte der Agitation. Seit dem Parteitage im Jahre 1896 sind 115 Kreiskonferenzen abgehalten worden, die Zahl der politischen Blätter ist von 8 auf 15, die Summe der ausgegebenen Exemplare von 808 000 auf 5 000 000 gestiegen. Versammlungen wurden in der Zeit vom 1. April 1896 bis Dezember 1897 weit über 6000 abgehalten. Die Zahl der politischen Organisationen liegt in den letzten beiden Jahren von 17 auf 33; weiter bestehen 180 Gewerkschaften (wobei die Ortsgruppen mitgezählt sind) und 200 Bildungsvereine. Von den gewerkschaftlichen Vereinen sind 68, von den Bildungsvereinen 52 neugegründet worden. Die Zahl der Mitglieder aller Vereine zusammen betrug am 1. Januar 1896 15 006, am 31. Dezember 1897 32 107; sie hat sich also mehr als verdoppelt. Diese großartige Agitation wurde reich befruchtet; nicht weniger als fünf Reichstagsmandate errangen unsere österr. Parteigenossen in Böhmen, Mähren und Schlesien. Schwer waren aber auch die Opfer. Gegen 743 Genossen wurden wegen politischer Delikte Anklage erhoben, davon wurden seit dem letzten Parteitage verurtheilt: 339 Genossen zu insgesamt 9 Jahren 2 Monaten und 12 Tagen Freiheitsstrafe und 702 fl. 30 kr. Geldstrafe.

Ueber den Parteitag, über den ein abschließender Bericht noch nicht vorliegt, schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“: „Ein richtiger „General-Landtag“ des österr. Volkes war es. Nicht staatsrechtlich begründete und durch Potentatengeschicklichkeit errichtete Grenzen entscheiden über Zulassung zu dieser ausschließlich den arbeitenden Klassen gehörenden parlamentarischen Körperschaft. Draußen tobt der von bourgeoisen Parteien entfachte Kampf um vermeintliches historisches Recht, das all' der tausende von Arbeitern in Nieder-Oesterreich und weit außerhalb der St. Wendels-Grenzen vergift; in Prag sammeln sich die Nationalen um das Banner des Panislawismus, in Brünn demonstrieren die sozialdemokratische Arbeiterpartei praktisch gegen das Phantom des böhmischen Staatsrechtes.“

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Oesterreichs tagte ebenfalls zu Opatowitz. Es waren 44 weibliche Delegierte erschienen. 14 hatten die Wiener Gewerkschaften und 10 die Bildungsvereine gesandt, 4 waren in Versammlungen gewählt worden, eine vertrat die Arbeiterinnen der Floridsdorfer Zuspinnererei. Von den aus der Provinz gesandten vertraten 5 Gewerkschaften, 2 Bildungsvereine und 13 ganze Ortschaften und Bezirke. Begrüßungstelegramme waren in unübersehbarer Zahl eingelaufen. Am ersten Verhandlungstage wurde auf Antrag der Referentin **K r a s a** eine Resolution angenommen, worin den Arbeiterinnen der Anschluß an die Gewerkschaften empfohlen und den Männern nahegelegt wurde, diese Bestrebungen zu unterstützen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Streik ins Wespennest. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Beunruhigung hat in hiesigen Innungskreisen der Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission hervorgerufen, der eine lebhafteste Betheiligung bei allen Delegiertenwahlen der Gesellen zu den Innungen und deren Einrichtungen empfiehlt. Man beschließt bei Aufstellung eigener Gewerkschaftskandidaten das Einbringen sozialdemokratischer Elemente in die Gesellenauschüsse und erblickt bei den erhöhten Besugnissen, welche das neue Handwerkergesetz diesen Körperschaften zugestiftet, darin eine Gefahr ersten Ranges. Die so zusammengesetzten Ausschüsse wären dann im Stande, durch ihre Verhaltungen die meisten Bestrebungen der neuen Innungen zu hemmen oder zu durchkreuzen. Diejenigen Innungen, in deren Ausschüsse bereits jetzt die Sozialdemokraten eingedrungen sind, z. B. die Bäckerinnungen, haben ähnliche Erfahrungen machen müssen.“

Da hilft kein Lamento. Das Eindringen sozialdemokratischer Elemente in die Gesellenauschüsse kann weder durch die Innungen selbst, noch durch Warnungen in der Presse verhindert werden.

Deutsches Reich.

Achtung, Schuhmacher! Die Firma **M a h m u. K u h n**, Schuhfabrik in Rannheim, bei welcher zur Zeit sämtliche Arbeiter ausständig sind, verspricht unfertige Arbeit, um dieselbe in anderen Fabriken fertig stellen zu lassen. Wir ersuchen die Kollegen, bei Annahme von Arbeit vorsichtig zu sein, um nicht den Mannheimer Kollegen den Raub zu erleichtern. Mittheilungen über

diese Angelegenheit wolle man sofort an den Unterzeichneten gelangen lassen. Die Agitationskommission der Schuhmacher Baden und der Pfalz. **S. K.:** J. J. Schmitt in Speyer, Pallantsgasse Nr. 1.

Der Bergarbeiter-Streik in Scharley in Obereschlesien hat nach Angabe der „Kattowitzer Zeitung“ damit geendet, daß die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen wurde. **S i r k a 25**, „Hädelstähler“ sollen entlassen worden sein.

Aus Osnabrück meldet eine Wolffsche Depesche über den Streik der Bergleute am **P i e s b e r g e**, daß die Lage unverändert sei. — Auf der **G e o r g M a r i e n -**Hütte haben 500 Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Zu der abschlägigen Antwort, die der Minister dem Vorsitzenden des christlichen Bergarbeiter-Gewerksvereins gegeben hat, schreibt die agrarische „Deutsche Tageszeitung“: Die Verweisung auf die nicht vorhandene Besugniss der Arbeitervertretung erscheint in diesem Falle nicht besonders glücklich. Wir gestehen offen, daß wir mit den Ausständigen in diesem Falle eine gewisse Sympathie empfinden. Wenn eine Achtung vor den kirchlichen Feiertagen noch in der Arbeiterschaft vorhanden ist, so sollte man diese sorglich schonen und nicht verletzen. Unseres Erachtens müßte der Minister möglichst darauf hinwirken, daß die uns durchaus billig erscheinenden Wünsche der Bergarbeiter in diesem Falle erfüllt würden.“

Zwischen scheint man selbst an den grünen Tischen eingesehen zu haben, daß die konsequente Beobachtung der Stimm'schen Maximen in diesem Falle der größte Noth war, den die auf die Freundschafsdienste des Zentrums angewiesene Regierung schiefen konnte, denn, wie die „Volkszeitung“ mittheilt, ist der Handelsminister **B r e s e l** mit dem Ober-Berghauptmann **F r e u n d** und dem Ministerialdirektor **K o e t e r** ins Streikgebiet abgereist.

Zu Witten in Holseln sind in der Federfabrik der **G e b r. B ö h m e** Lohndifferenzen ausgebrochen. Es wird deshalb um Vermeidung des Zugriffs gebeten.

Zu Eicherhausen-Dolken in Braunschweig haben 42 Arbeiter der **E u m m e r** und **V o r w o h l e r** Grubenfelder, die der **D e u t s c h e n A s p h a l t -**Aktiengesellschaft gehören, um 25prozentige Erhöhung des Lohnes ersucht. Es wird befürchtet, daß an Stelle dieser Arbeiter **I t a l i e n e r** und **P o l e n** eingestellt werden sollen. Damit dies nicht gelingt, werden die organisierten Fabrikarbeiter Deutschlands ersucht, um Fernhaltung des Zugriffs bemüht zu sein.

Die Zimmerleute in Eilenburg haben am **S o n n a b e n d** die Arbeit niedergelegt. Sie fordern 36 Pf. Stundenlohn. Den **A n l a s s** zum Streik gaben die Meister insofern selbst, als sie, wie die „Leipz. Volksztg.“ mittheilt, den organisierten Arbeitern die Anknüpfung androhten, wenn diese die Arbeit bei einem Unternehmer, bei dem die Arbeit seit einigen Tagen niedergelegt war, bis zum **S o n n a b e n d** nicht wieder aufgenommen hätten.

Zur Steinarbeiterbewegung im Fichtelgebirge. Am 4. April nahmen die zwischen Meißner und Gehlisen aus dem ganzen Fichtelgebirge in **O b e r k o h a n** geführten Unterhandlungen vorläufig ein Ende. Bis auf einen Punkt ist völlige Einigung erzielt worden. Die Schleifer fordern pro laufenden Meter 1,30 M., während die Meister erklären, über 1,50 M. nicht hinausgehen zu können. Die einzelnen Orte werden nun zu dieser Frage Stellung nehmen und das Resultat an den Vorsitzenden der Tarifkommission in Hof berichten.

Aus Nürnberg. Die **S t u d e n t e n** stellten am **D i e n s t a g** die Arbeit ein, da die Meister keinerlei Zugeständniß machen wollten. Die Meister haben eine Innung gegründet, um die Gehilfen leichter unterzuziehen zu können; die erste Geldentlastung dieser Vereinigung war der einstimmige Beschluß, die Gehilfenforderungen „unter keinen Umständen“ zu bewilligen. Die **M a u e r -** und **Z i m m e r m e i s t e r** von **N ü r n b e r g -**Jülich sind von der Innung ersucht worden, **S t u d e n t e n** nicht zu den neuen Bedingungen in Arbeit zu nehmen. Weiter haben in **N ü r n b e r g** die **H o l z d r e c h l e r** der Werkstätten von **H e i n z**, **M i t** und **G r e u l e i n** die Arbeit eingestellt. Der Streik in den **H a r t m a n n s h o f e r** Kalkwerken ist durch Vergleich beigelegt.

Ausland.

Die Gipsformer und Gießer Wiens haben am 9. d. ihre Forderungen in sämtlichen Baubildhauerien Wiens überreicht und sind gewillt, wenn selbe nicht bewilligt werden, in den Streik zu treten. Die Forderungen lauten: 1. Die achteinhalbstündige Arbeitszeit inklusive Frühstück- und Vesperpause. 2. Minimallohn 12 fl. per Woche.

Soziales.

Für die **Kinderarbeit-Euquete des Reichskanzlers** recht wertvoll ist ein Bericht des Lehrerkollegiums in **H o h e n -**stein-Ernstthal, dem bekannten sächsischen Weberort. Hier fand im Februar eine Zählung der Kinder unter 14 Jahren statt, die im Gewerbe außerhalb der Fabrik regelmäßig thätig sind. Es hat sich herausgestellt, daß von den ca. 2400 Schülern der Stadt etwa 1450 oder gegen 60 pCt. mit Arbeiten am **W e b s t u h l e** oder mit **K n ä u p f e n**, **T r e i b e n**, **S p u l e n**, **D r e h e n** von **Q u a r t e n**, **N ä h e n**, **F o r m e n** u. d. beschäftigt sind. Bei manchen Kindern fängt die Arbeitszeit bereits vor dem Beginn des Unterrichts an und erstreckt sich bis in die späten Abendstunden hinein. Der Schulbericht konstatiert **a b d a n n** ganz offen die schwere Beeinträchtigung der Volksschule durch diese industrielle Kinderarbeit: „Wenn die Kinder mit gewerblichen Arbeiten überbürdet werden, so liegt die Frage nahe: „Woher sollen sie die Zeit nehmen, die von der Schule geforderten Hausaufgaben zu lösen?“ Und in der That ist namentlich von den Lehrern in der **e i n s a c h e n** Schule **l e b h a f t** **d a r a u f** **g e l l a g t** worden, daß sie auf den Hausfleiß so gut wie gar nicht rechnen können und daß auch das geringste Maß der verlangten Schularbeiten nur in den seltensten Fällen in zufriedenstellender Weise zu erreichen sei.“

Moderne „Baukunst“. Aus Halle a. S. wird uns geschrieben: Ein Hauseinkurz, der erheblichen Schaden angerichtet und unter Umständen viel Menschenleben kosten konnte, ereignete sich in der **L u d w i g s t r.** 5. Einige Bewohner dieses dreistöckigen Gebäudes vernahmten in der Nacht vom ersten zum zweiten Feiertage ein Knistern, das zu großen Bedenken Veranlassung gab. Nach 4 Uhr wurden die Feuerwehr und die Baupolizei herbeigerufen, die die Absperrung des Gebäudes anordnete. Um 1/10 Uhr stürzte die linke Giebelseite mit zwei Fenstern Front von oben bis unten in sich zusammen. Die Möbel und Hausgeräthschaften der eingeschürzten Zimmer sind unter den Schutthaufen begraben. Wer die vier in Mitteleuropa gezogenen Arbeiterfamilien einschließt, ist abzuwarten.

Zur Förderung des Kleingewerbes in Oesterreich sind vom Handelsministerium im vorigen Jahre über 200 000 Gulden vergeben worden. Im Budget auf das Jahr 1898 sind für denselben Zweck 175 000 Gulden eingestellt, darunter 40 000 Gulden für Einrichtung von Rohstoff-, Magazin- und Produktionsgenossenschaften. Die meisten Gesuche um Unterstützung kommen aus den Süddeutschen Ländern, besonders aus Böhmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Osnabrück, 18. April. (W. Z. B.) Es sind nimmer die sämtlichen Arbeiter der **G e o r g -**Mariehütte in den Ausstand getreten. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen. Die Gendarmerie ist verstärkt.

Budapest, 18. April. (W. Z. B.) Abgeordnetenhause. Der Justizminister von **E r d ö d y** brachte einen Gesetzentwurf über die wirtschaftlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften ein.

New-York, 18. April. (W. Z. B.) (Melbung des Reuterschen Bureau's?). Die telegraphische Verbindung zwischen **C a b a n a** und **R e g w e s t** ist wieder hergestellt.

Washington, 18. April. (W. Z. B.) Das Marineamt hat beschlossen, die Dampfer der „American-Line“ „St. Paul“ und „St. Louis“ anzulassen.

Dieser 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Zweiter Kongress der durch Vertrauensmänner zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands.

In der Sitzung am Mittwoch Vormittag wird die Behandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung fortgesetzt. Schloffer Gräfe Halle berichtet über dortige Organisationsverhältnisse. Er bemerkt unter anderem, daß von den etwa 6000 in Halle beschäftigten Metallarbeitern circa 1000 organisiert sind, davon 280 im Lokalverein der Schlosser und Dreher. Messerschneider Heßler Solingen legt dar, daß infolge einer in der Messerbranche herrschenden Geschäftskrise die Zahl seiner Berufskollegen zusammengeschnitten sei, und dadurch auch die Organisationsverhältnisse in Mitgliedern verloren habe. In Solingen gebe es 15-17 Lokalorganisationen, die aber der Vertrauensmänner-Zentralisation fernstehen. Diese heranzuziehen möge sich die Geschäfts-Kommission anlegen sein lassen. Wäcker Schreiber Berlin bespricht die Gegensätze der Organisationen seines Berufs, Klavierarbeiter Grundmann Berlin behandelt die Differenzen zwischen seiner Organisation und dem Holzarbeiter-Verband. In einer Versammlung, die sich mit der bekannten Darlehnsangelegenheit befaßte, habe Nob. Schmidt den Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter als einen Tummelplatz anarcho-syndikalistischer Elemente denunziert und einzelne Kollegen als solche namhaft gemacht. Der Bericht über diese Versammlung, den der „Vorwärts“ sowie die „Holzarbeiter-Zeitung“ brachten, sei von dem Fabrikantenorgan mit großem Behagen unter der Ueberschrift: „Die feindlichen Brüder“, abgedruckt worden und einer der als Anarchisten bezeichneten Kollegen sei infolge dessen entlassen und seiner Existenz beraubt worden. Von dem Reichstags-Abgeordneten Nob. Schmidt hätte man erwarten sollen, daß er die Tragweite seiner Denunziation beurtheilen kann. Fräulein Trode Berlin spricht kurz über die Stellung des allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereins gegenüber den drei für ungelernete Arbeiter bestehenden Zentralverbänden. Messerschneider Heßler Solingen theilt mit, sein Verein habe 500 Mitglieder. Die verschiedenen Branchen der Solinger Messerfabrikation seien zwar für sich organisiert, hätten jedoch keine Fühlung mit einander. Versuche, eine Verbindung unter denselben herzustellen, seien namentlich an der Weigerung der Schleifer gescheitert, die in ihrem Gewerbe eine gewisse Selbstständigkeit und deshalb einen unbedingten Dünkel haben, der sie am Zusammengehen mit anderen Berufen hindert. Töpfer Krieger Königsberg i. Pr. berichtet, von 120-150 am Orte arbeitenden Töpfern sind 80 organisiert. Ein fester Tarif mit 40 Pf. Minimallohn sei eingeführt, die Feiertage geregelt. Der Verband habe keinen Anhang in Königsberg. Maurer Graßmann Königsberg führt aus, daß seine Kollegen einen Stundenlohn bis 45 Pf. erungen haben, daß sie aber von dem Verband nichts wissen wollen. Möbelpolierer Reuter Berlin meint, seine Organisation sei nur eine kleine, sie habe gute Erfolge zu verzeichnen und fühle kein Bedürfnis, sich dem Holzarbeiter-Verband anzuschließen. Maurer Schwanebeck Jüterbogt behandelt die in diesem Ort bestehenden Gegensätze zwischen den Organisationen. Konfektionsarbeiterin Frau Gubela Berlin erhebt ein Unter-schied der Agitation unter den Arbeiterinnen ihrer Branche, die von den Führern des Verbandes sehr vernachlässigt werde. Es gebe in Berlin etwa 18 000 Konfektionsarbeiterinnen. Die Löhne seien nach dem Streik stark gesunken und müsse für Hebung derselben etwas geschehen. Maurer Jah n - Wlanenburg berichtet, seine Kollegen hätten mit starker Konkurrenz polnischer und italienischer Arbeiter zu rechnen. Die festgesetzte 10stündige Arbeitszeit werde nur von den Organisten inne gehalten, die anderen Kollegen arbeiten 12-14 Stunden. Maurer Seife r t - Halle führt aus, am Orte seien 6-600 Maurer, davon 300 lokalorganisiert. Der Verband werde in Halle keinen Ein-gang finden. Die Arbeitszeit sei eine 10stündige, die gewerkschaftliche Bewegung mache gute Fortschritte. Töpfer Gille Breslau: Sein Verein habe 100 Mitglieder, wovon jedoch nur 50 zahlende sind. Maurer Laurisch - Friedr.berg: Am Ort seien 80 lokalorganisierte Maurer, der Verband habe dafelbst nicht so viele Mitglieder. Maurer Wendt - Haidersdorf - Kallberge: Der Lohn betrage 35-42 1/2 Pf. Die Lokalorganisation habe 80 Mitglieder. Maurer Roland - Brannschweig: Von etwa 700 am Orte anwesenden Kollegen seien 250 in der Lokalorganisation. Mit dem Verband hätten sie nicht zu kämpfen. Eine Lohnbewegung sei eingeleitet. Zinkgießer Preuß - Berlin: Von den 60 in Berlin arbeitenden Kollegen seien 45 organisiert. Der Lokalverein habe durch seine Thätigkeit einen Minimallohn von 30 M. erreicht und jede keinen Vortheil im Anschluß an den Metallarbeiter - Verband. Klavierarbeiter Grundmann - und Kleinlein - Berlin stellen zu der vom vorigen Kongress angenommenen Programm-Resolution Änderungsanträge, welche es den links von der Sozialdemokratie stehenden Arbeitern möglich machen sollen, sich der Organisation dieser Form anzuschließen. Es müsse deshalb mehr betont werden, daß es sich nicht nur um Aufbesserung der Lohn- und Arbeits-verhältnisse, sondern um den Klassenkampf handle, dessen Ziel die Erringung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft sei.

(Mittagspause.)

In der Nachmittags-sitzung wird debattiert, über die von Grundmann und Kleinlein gestellten Programm-Änderungs-Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Sodann wird folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß nach Anhörung der Berichte der Delegirten der einzelnen Berufe und Organisationen mit wenig Ausnahmen überall die systematische Vernichtung der Vertrauensmänner-Zentralisation seitens der in Verbänden organisierten Arbeiter, hauptsächlich aber von den Führern derselben betrieben wird, erklärt der Kongress, für die Zukunft jede Rücksicht auf ein friedliches Zusammenarbeiten fallen zu lassen und zwar so lange, bis auch unseren Wünschen in genügender Weise Rechnung getragen ist und uns die bisher vorerhaltenen An-erkennung zu theil wird. — Der Kongress erachtet in der Agitations-weise der Verbandleiter eine schwere Schädigung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und eine Hemmung der nach Freiheit ringenden ausgebeuteten Volksmassen und beauftragt daher die zu wählende Geschäfts-Kommission, mehr als bisher in Wort und Schrift den gefährdeten Organisationen zur Seite zu stehen; hauptsächlich in denjenigen Berufen, welchen es bisher nicht möglich war, selbstständig Agitation zu betreiben.

Kleinlein und Grundmann beantragen: Der Kongress nimmt Kenntniß von dem Auftreten des Reichstags- Abgeordneten Nob. Schmidt in öffentlicher Versammlung gegenüber den lokalorganisierten Musikinstrumenten - Arbeitern. Der Kongress erachtet darin eine die Interessen organisierter Arbeiter schädigende Handlungsweise. — Außer den Antragstellern sprechen verschiedene Berliner Delegirte für die Tadelresolution. Sie betonen, die betreffende Äußerung richte sich nicht nur gegen die Musikinstrumenten-Arbeiter, sondern sie habe die Absicht, alle Lokalorganisationen als anarchische hinzustellen und dieselben dadurch zu schädigen. Man müsse das umso mehr verurtheilen, als diese Denunziation gegen eine Arbeiterorganisation gemacht worden sei von einem Manne, der von Arbeitern mit einem Reichstagsmandat bekannt und wieder als Kandidat aufgestellt worden sei. Einzelne Redner beantragen dagegen Uebergang zur Tagesordnung, da man sonst noch gegen verschiedene Verbände, die in ähnlicher Weise gegen Lokalisten vorgehen, ein Tadelvotum aussprechen müsse.

Baummeister Kessler: Die Verbänderei sei seinerzeit ins Leben gerufen worden, um der sozialdemokratischen Parteibewegung Abbruch zu thun. Dieser Meinung habe auch hier auf dem Kölner Parteitag Ausdruck gegeben. Warum geht man nun seitens der Partei nicht gegen die Verbänderei vor? Weil dieselben rücksichtslos vorgegangen

und dadurch groß geworden sind und man sie daher fürchtet. Es sind Stellen zu besetzen und seine Stelle giebt man nicht gern auf. Hier mußte sich in Hamburg entschuldigen, daß er mit mir zusammen ein Glas Bier getrunken hat. Soweit geht der Einfluß der Verbänderei in der Partei. Die Person Robert Schmidt ist eine so unbedeutende, daß es sich nicht lohnt, sie wegen einer Resolution anzunehmen. Wenn Sie das für nöthig halten, meinestwegen. Ich schreibe nicht mit Kanonen nach Spahn. Unsere Aufgabe muß es sein, für unsere Erstarkung zu sorgen, damit sich die Partei nicht nur auf die Verbändler, sondern auch auf uns stützen kann. — Nachdem noch einige Redner für die Resolution gesprochen, wird dieselbe angenommen.)

Baummeister Kessler referirt hierauf über die Arbeits-Losen- und Wandlerunterstützung. Seine Ausführungen sind in folgender Resolution zusammengefaßt:

- In Erwägung:
1. Daß das heutige Wirtschaftssystem regelmäßige und unregelmäßige Arbeitsstörungen verursacht, durch die immer größere Scharen von Arbeitern für längere oder kürzere Zeit arbeits- und erwerbslos werden und dadurch in große wirtschaftliche Noth gerathen;
 2. Daß es ohne Zweifel Pflicht des Staates und der Gesellschaft ist, für die Unterstüßung der durch diese von ihnen geschädigten und gestörten Wirtschaftssysteme ohne ihre Verschulden in Noth und Elend gerathenen Personen in angemessener Art zu sorgen;
 3. Daß die Arbeiter keine Verpflichtung haben, dem Staat und der Gesellschaft diese Last abzunehmen, es bei den meistens sehr geringen Löhnen der Arbeiter auch für sie unmöglich ist, diese Verpflichtung genügend zu erfüllen;
 4. In weiterer Erwägung:
 4. Daß eine Arbeitslosen-Unterstützung nur dann für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter von Bedeutung sein kann, wenn sie die große Mehrzahl der Arbeiter eines Berufes umfaßt;
 5. Daß durch die freiwillige Organisation nur in sehr wenigen Berufen die große Mehrzahl der Arbeiter umfaßt werden kann und thatsächlich die heutigen Organisationen nur einen sehr geringen Theil der Arbeiter umfassen;
 6. Daß also die Arbeitslosen-Unterstützung durch die gewerkschaftlichen Organisationen für den Lohnkampf in der Regel ganz werthlos ist;
 7. In abermaliger Erwägung:
 7. Daß das Unterstüßungs-Kassenwesen die Arbeiter von ihrer Hauptaufgabe, das heutige Wirtschaftssystem des Privatkapitals, dem alle Noth und alle Knechtschaft entspringt, ablenkt, und ihnen den falschen Glauben einflößt, daß auf dem Boden der heutigen Ordnung durch ihre eigene Kraft Erlösung aus Noth und Knechtschaft (durch Fleiß und Sparsamkeit) gebracht werden kann;
 8. Daß die Summen, die die Arbeiter für solche gewerkschaftlichen Unterstüßungskassen aufbringen, dem wirtschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiter um ihre Befreiung entzogen werden;
 9. Daß die Organisationen dadurch ihrem Zwecke entfremdet und zu Stützen der heutigen Ordnung werden, beschließt der zweite Kongress der deutschen Vertrauensmänner-Zentralisationen: a) die Regelung der Arbeitslosen-Unterstützung ist eine Pflicht des Staates und der Gesellschaft der heutigen Ordnung, die Gemeinde, Staat und Unternehmertum gemeinschaftlich zu lösen haben; b) die Arbeitslosen-Unterstützung kann nur unter staatlicher Aufsicht und durch staatlichen Zwang wirksam durchgeführt werden. Mit dem Grundsatz der Freiwilligkeit ist nicht Genügendes zu erreichen; c) die gewerkschaftlichen Organisationen haben keine Veranlassung, dem Staat und der Gesellschaft diese Verpflichtungen abzunehmen, da ihnen daraus in der Regel kein Nutzen für den ihnen obliegenden wirtschaftlichen Kampf erwächst, aber d) die Gefahr der Verumpfung und der Abwendung von ihren wahren Zielen durch dieses Unterstüßungswesen ihnen sehr nahe rückt und sie e) doch nur ganz Augenblicks gegenüber der durch die Arbeitslosigkeit erzeugten Noth leisten können. Der Kongress verweist also die Arbeitslosen-Versicherung durch die gewerkschaftlichen Organisationen; dagegen erklärt er sich nicht ablehnend gegen die Einführung einer Wanderunterstützung da, wo die Gewerkschaften aus ihr sich einen Vortheil in ihrem Lohnkampf versprechen, weil es freilich oft von Nutzen sein kann, einen Zugzug schnell und sicher weiter zu schaffen. Die Einrichtung der Wanderunterstützung wird mit Rücksicht auf diesen Zweck den einzelnen Organisationen überlassen, die sich erforderlichenfalls dazu zu Kartellen zusammenschließen mögen. Die Geschäftsleitung wird beauftragt, solche Einrichtungen für Wanderunterstützung nach Kräften zu fördern, wo es von ihr verlangt wird.

Die Debatte war bezüglich der Arbeitslosen-Unterstützung eine zustimmende, nur über die Art, wie die Wanderunterstützung durchzuführen sei, war die Meinung getheilt. Die Resolution Kessler wurde angenommen mit einem von Kleinlein beantragten Zusatz, wonach Gemäßregelte der lokalen Organisation von allen Gewerkschaften dieser Richtung zu unterstützen sind.

Ueber die Presse referirt der Herausgeber und Redakteur der „Einigkeit“, Töpfer Thiemer Berlin. Er giebt einen Ueberblick über die finanzielle Lage des Blattes. Dasselbe erschien bisher alle 14 Tage, seit dem 1. April wird es alle 8 Tage herausgegeben. Die Zahl der Abonnenten betrage 3500, es müßten aber noch einige hundert hinzukommen, wenn das Blatt ohne Zuschüsse existenzfähig sein sollte. In der Debatte wurde mehrfach der Wunsch ausgesprochen, daß das Blatt — entgegen den im vorigen Jahre gefaßten Beschlüssen — den Verbändlern scharf entgegenzutreten solle. Kleinlein Berlin will die Bezeichnung „Organ der Vertrauensmänner-Zentralisation“ vom Kopfe des Blattes entfernt wissen, und halt dessen sehen: Organ der lokalorganisierten Arbeiter Deutschlands“ oder „zur Förderung freier Gewerkschafts-organisationen“. Die Bezeichnung „Zentralisation“ sei anstößig. Wir wollen keine Zentralisten, sondern Föderalisten sein. In Nr. 2 der „Einigkeit“ hieß es, wir seien zentralistischer, wie die Verbändlerzentralisten. Ein solcher Standpunkt sei verwerflich. Redner spricht in erregter Weise gegen die redaktionelle Haltung der „Einigkeit“, er führt unter der Heiterkeit der Kongreßtheilnehmer aus, das Blatt solle die Arbeiter für den Klassenkampf erziehen, es solle so schreiben, daß jedem Arbeiter das Herz aufstehe und die Arbeiter darauf vorbereiten, daß sie nach dem Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft das Ruder der Produktion in die Hand nehmen können. Thiemer verteidigt die Redaktion. Dieselbe vertrete in jeder Hinsicht die Interessen der Arbeiter. Föderalismus und Zentralismus sei im Grunde dasselbe. Wir sind auch Zentralisten, nur wollen wir die Zentralisation in anderer Form durchführen, wie die Verbände. Nachdem noch einige Delegirte zu diesem Punkt gesprochen hatten, schließt die Sitzung um 7 Uhr.

*) Wir können und wollen natürlich die Lokalorganisierten nicht hindern, soviel Protestresolutionen anzunehmen, als ihnen gut dünkt; wir müssen aber unseren Kollegen Nob. Schmidt, der zur Zeit von hier abwesend ist, gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, als habe er die Lokalorganisationen, oder auch nur die der Musikinstrumenten-Arbeiter als solche treffen wollen; er hat vielmehr nur einzelne Personen namhaft gemacht. Im übrigen ist es den Herren vom Musikinstrumenten-Beruf wohl gelungen, vor dem Kongress die Streitfrage zu verschieben, vor der Berliner Arbeiter-schaft wird ihnen das nicht gelingen. Es handelt sich nämlich gar nicht um die von Schmidt belästigte hingeworfene Äußerung, sondern vielmehr um die in der Geschichte der Arbeiter-schaft unerhörte Beschlußfassung, geborgte Gelder nicht wieder zurückzahlen zu wollen. (Red. d. „Vorw.“)

Kongress der deutschen Bergleute zu Dortmund.

Nachdem am 9. April die Generalversammlung des Verbandes, die noch mit 63 gegen 61 Stimmen die Einführung des Sterbegeldes beschlossen hatte, geschlossen worden war, trat am 10. April der Kongress zusammen. Zu demselben waren über 100 Delegirte aus den verschiedenen Bergrevieren Deutschlands, ferner Vertreter der Bergleute Oesterreichs und ein Vertreter der Generalkommission in Hamburg, Brügmann, erschienen. Ludwig Schröder wurde zum Ehrenvorsitzenden, Müller aus Waldenburg zum ersten und Sachse aus Jwladau zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Die anwesenden Frauen mußten auf Befehl des überwachen-den königlichen Bezirkskommissars den Saal verlassen.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Arbeitszeit und Arbeitslohn im deutschen Berg- und Hüttenbetriebe“ referirte Pokorny aus Bochum. Er beantragte folgende Resolution:

„Der erste deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Kongress erklärt: Der Lohn der Arbeiter in der deutschen Berg- und Hüttenindustrie reicht nicht aus zur Erhaltung und neuer Erzeugung der notwendigen Arbeitskraft. Die heute noch übliche Arbeitszeit zu zwölf und mehr Stunden pro Schicht wirkt zerstörend auf die Gesundheit der Arbeiter ein, schafft frühes Gedehm und häufigere Unfälle, wie sie bei einer kürzeren Arbeitszeit sich ereigneten. Um die Lebensbedürfnisse in der für das Gesamtwohl notwendigen Weise befriedigen zu können, ist ein Durchschnittslohn von 4 M. für alle Berg- und Hüttenarbeiter als das mindeste zu bezeichnen, wozu wir zu fordern haben. Eine Arbeitszeit von 8 Stunden, inklusive Ein- und Ausfahrt, erachtet der Kongress unter den heutigen geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnissen als die Schichtdauer, die nicht überschritten werden darf, soll der Berg- und Hüttenmann seiner Eigenschaft als Mensch und Staatsbürger nicht verlustig geben. Um die Gesundheit der Nation zu schützen, ist das strengste Verbot der Frauen- und Kinderarbeit im Gruben- und Hüttenbetriebe gesetzlich festzulegen.“

Limberg aus Dortmund beantragte, anstatt Durchschnittslohn „Minimallohn“ zu setzen, worauf Pokorny den Kongress ersuchte, an dem Durchschnittslohn von 4 M. festzuhalten. Eine Erhöhung von 2,83 M. auf 4 M. sei schon ein guter Erfolg. Höhere Forderungen würden einfach nicht bewilligt werden.

Die Resolution Pokorny wurde schließlich mit dem Zusatz angenommen: „Behufs Erreichung des Durchschnittslohnes von 4 M. darf keine Akkordarbeit vereinbart werden. Ueberschichten innerhalb und oberhalb der Grube sind zu verbieten, höchstens in dringenden Fällen zu gestatten. Vor Arbeitsorten mit mehr als 25 Grad Celsius Wärme darf die Schichtzeit täglich nur 6 Stunden betragen, während Betriebe mit mehr als 40 Grad Celsius überhaupt unstatthaft sein sollen.“

Müller aus Waldenburg sprach hierauf über die Reform der Berginspektion. Er begründete folgende Resolution:

„Seit Einführung des Freibaus in deutschen Bergbetriebe, Mitte der 60er Jahre, wodurch die staatliche Kontrolle der Grubenbetriebe sich sehr verminderte, hat sich die prozentuale Zahl der Unfälle fortgesetzt vermehrt. Die schweren, entschädigungs-pflichtigen Unfälle haben sich in den letzten Jahrzehnten sogar verdoppelt. Es erscheint daher eine durchgreifende Reformirung der deutschen Berginspektion als ein unabwendbares Bedürfnis.“

Unseres Erachtens wird das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter weit besser geschützt, wenn man den heute amtierenden, an Zahl völlig unzulänglichen Berginspektoren Hilfskontrollanten aus den Reihen der Bergarbeiter zur Seite stellt. Diese Hilfskontrollanten müssen in geheimer, direkter und von den Unternehmern völlig unbeeinflusster Wahl von den Belegschaften gewählt, vom Staate bevollmächtigt und besoldet werden.

Dieser Theil der Reform der Berginspektion wird von der Bergarbeiterschaft für so durchaus notwendig gehalten, daß, sollte es nicht anders möglich sein, sie sogar die Besoldung der Hilfskontrollanten übernimmt.

Für die Weiterführung auf den Gruben ist beim Steinlohlen Bergbau auf jeder in Förderung stehenden Schachanlage ein besonderer Wetterbeamter anzustellen.

Auf Schlagwetterschächten ist in den Höhlen, wo konzentrierter Betrieb besteht oder entwickelt wird, nur bei elektrischen Lampen, wie solche auf „Hiberna“ bei Belsenkirchen eingeführt werden, zu arbeiten, damit die Unglücke durch Gasexplosionen, welche man auf die sich als sehr gefährlich herausgestellten Wetterlampen zurück-führt, vermieden werden.

Es ist ferner die notwendige Ergänzung des jetzigen, auf die saugende Methode gegründeten Bewerterungssystems vorzunehmen, so zwar, daß der Bergmann nicht mehr genöthigt ist, in einem unbewerteten Streckenende von 10 und mehr Metern Länge zu arbeiten. Entweder sind diese unbewerteten Streckenenden mit einer Luze entsprechend großer Lutten, oder mit einer Abhrentour, durch welche die frische Tagesluft bis fast unmittelbar vor Ort geführt wird, zu versehen.

Schlieflich sind die Wettermessungen drei bis fünf Meter vor Ort vorzunehmen, am festzustellen, wie viel frische Luft dem Arbeiter thatsächlich zugeführt wird. Die jetzigen Wettermessungen erfüllen diesen Zweck nicht und sind daher fast wertlos. Die Ergebnisse der Wettermessungen sind der Belegschaft durch öffentlichen Anschlag bekannt zu machen.

Es ist ferner strengstens darauf zu sehen, daß kein Mitglied der staatlichen Grubenkontrolle in irgend einer Weise an den Gruben-erträgen interessiert ist. Die heute bestehende gesetzliche Bestimmung, wonach die Theilhaberschaft des Revierbeamten an den Gruben seines Bezirkes nicht gestattet ist, genügt nicht im geringsten.“

Die Resolution wurde mit folgendem Zusatz angenommen:

„Für jede Grube mit einer Belegschaft von über 600 Mann ist von den Arbeitern ein Hilfskontrollant zu wählen, wenn die Grube nicht mit einer anderen in Verbindung steht. Zu Hilfskontrollanten können nur solche Arbeiter gewählt werden, die mindestens zehn Jahre auf einer Grube gearbeitet haben. Die Wahl erfolgt auf zwei Jahre, eine Wiederwahl ist zulässig. Die Absetzung eines Hilfskontrollanten kann nur durch die Mehrheit der Wähler erfolgen, wenn sich der Hilfskontrollant seiner Funktionen nicht gewachsen zeigt oder die Interessen der Arbeiter verleht.“

Im weiteren beschäftigte sich der Kongress mit der Reform des Knappschafts- und staatlichen Versicherungswesens. Der Referent, Henker aus Pöhlitz i. S., bestricherte einen Antrag, worin als Grundlage einer zeitgemäßen Reform folgende Forderungen aufgestellt werden:

1. Vereinheitlichung des gesammten deutschen Knappschaftswesens.
2. Einheitliche Beiträge, einheitliche Renten, letztere nur nach Dienstalter berechnet, deshalb Befreiung der Massenentbehrung, sowie der umständigen Mitgliedschaft.
3. Erhöhung der Leistung der Renten (Kranken-, Pensions- und Sterbegeld) auf ein den allgemeinen Bedürfnissen und dem Zweck der Renten entsprechendes Verhältnis.
4. Befreiung der Anrechnung anderer Renten auf die Knappschaftsrente, solange und soweit diese nicht den früheren Durchschnittslohn übersteigen.
5. Solange das Kassenwesen nicht einheitlich geregelt: Einführung eines Geringfügigkeitsverhältnisses für alle deutschen Knappschaftskassen.
6. Festsetzung eines Dienstalters von 25 Jahren, nach welchem bei Aufgabe der Bergarbeit Invalidenrente gewährt wird, ohne daß Erwerbsunfähigkeit nachgewiesen zu werden braucht.
7. Freie Arztwahl, Zulassung von Naturheilkundigen.
8. Wenn nicht Invaliditätsberechtigung vorliegt: Rückzahlung der Beiträge aus der Pensionklasse bei Aufgabe der Bergarbeit, ganz gleich ob diese freiwillig oder durch Aufkündigung seitens des Berges aus irgend welchem Grunde geschieht, wenn zur Rente nicht freiwillig fortgesteuert wird, was als zulässig

erläßt werden muß. 9. Volle Selbstverwaltung der Kasse durch die Arbeiter.

Bzüglich der Unfallversicherung fordert der Kongress einen zum Wohle und im Interesse der Arbeiter liegenden Ausbau dieses Gesetzes, insbesondere aber Beseitigung der Bestimmung im § 8 des Unfallversicherungsgesetzes, die Anrechnung der Unfallrente auf andere Unterstützungsgelder betreffend, und zwar so lange und so weit diese nicht den früheren Durchschnittslohn übersteigen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Sache aus Svidau sprach dann über die Notwendigkeit eines Reichs-Berggesetzes. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach die Leitung des Kongresses den Auftrag hat, beim Reichstag um Erlass eines solchen Gesetzes zu petitionieren. Weiter heißt es in der Resolution:

Der Kongress hält in erster Linie für notwendig, daß durch das zu schaffende Gesetz die soziale Lage aller deutschen Bergarbeiter einheitlich reformiert wird. In das Gesetz ist die Bestimmung aufzunehmen, daß jedem auf einem Bergwerk beschäftigten Arbeiter ein Exemplar dieses Gesetzes auf Kosten des Reiches verabreicht werde. Der Kongress fordert, daß die Reviersteiger vom Oberbergamt ange stellt und vom Staate besoldet werden. Der Kongress verlangt den gesetzlichen Achtstundentag für alle Bergarbeiter. In Arbeitsorten mit mehr als 25 Grad Celsius Wärme darf jedoch die Schichtzeit täglich nur sechs Stunden betragen, während Betriebe mit mehr als 40 Grad Celsius überhaupt unstatthaft sein sollen. Die Bestimmungen über Abkühlung der Arbeiter sollen humaner abgefaßt werden als die bisherigen waren. Ferner soll in dem Reichs-Berggesetz auch die Grubenkontrolle geregelt und insofern verbessert werden, daß auf je zweitausend Bergarbeiter ein Kontrollbeamter eingestellt wird, der von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt und aus Staatsmitteln besoldet wird. Um die kolossalen Unfälle zu vermindern, soll durch dieses Gesetz auch das Gedinge-Arbeitsverhältnis für die Arbeiter und das Zahlen von Lantienen für Mehrförderung an die Beamten verboten werden. Des Weiteren sollen für alle Gruben Mannschafsbücher vorgeschrieben werden. Die Arbeitsbücher sollen so gut wie bei allen gewerblichen Arbeitern auch für die Bergarbeiter verboten werden. In diesem Gesetz soll achtstündige Lohnzahlung (am Freitag jeder Woche) und auch Aus händigung von Lohnzetteln oder Lohnbücher an alle Arbeiter vorgeschrieben werden, damit die Arbeiter stets Nachweise über ihren Lohn in Händen haben. Namentlich soll auch das Knappschafts-Pensions-Kassenwesen reichsweit geregelt und reformiert werden. (Hier folgen eine Reihe Vorschläge.)

Schließlich fordert der Kongress die Einführung einer Berufungsinstanz für alle Berg-Schiedsgerichte.

Beim Punkt Organisation, worüber der Bergarbeiter Max Firsch sprach, wurde einstimmig das folgende beschlossen:

Der Kongress erkennt an, daß eine starke, alle deutsche Berufs genossen umfassende Organisation nur allein im Stande ist, die Berg- und Hüttenleute vor gegnerischen Übergriffen und gesundheits schädlicher Ausnutzung durch die Unternehmer zu schützen. So wenig die Unternehmer nach dem religiösen oder politischen Glaubensbekenntnis ihrer Verbandsgenossen fragen, gerade so wenig Ursache haben die Arbeiter, in ihrer rein wirtschaftlichen Organisation Fragen der Religion und Politik zu erörtern. Es ist im Gegenteil, wie die Erfahrung lehrt, ein Lebensprinzip der Arbeitervereinigungen, alle Berufs genossen, ohne Rücksicht auf deren sonstige Anschauungen, in sich aufzunehmen. Innerhalb der Organisation strenge gewerkschaftliche Disziplin, außerhalb des Verbandes volle Freiheit des einzelnen, nach seiner politischen und religiösen Überzeugung zu handeln. Weil die Unternehmer internationale Vereinbarungen in volkswirtschaftlichen Dingen treffen, so sind die Arbeiter genötigt, ein Gleiches zu thun und müssen wir mit unseren ausländischen Berufsgenossen und verständigen über ein etwaiges zum Schutze der Arbeiter notwendigen Vorgehen. Der Kongress erkennt an, daß für unseren Beruf der „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Verband“ diejenige Organi sation ist, die allen an eine wirkliche Arbeiterorganisation zu stellen den Ansprüchen einzig Genüge leistet.

Weiter wurde ein Protest gegen den Posadowsky'schen Erlass beschlossen. Ferner gab der Kongress die Erklärung ab, daß Schröder und Genossen unschuldig verurteilt worden seien und obwohl ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte abgenommen worden, sie in den Kreisen der Arbeiter nach wie vor als Ehrenmänner galten.

Zum Ort des nächsten Kongresses wurde Halle a. S. bestimmt. Ebert aus Falkenau i. B. versicherte die deutschen Kameraden der vollständigen Uebereinstimmung der Deisterreicher.

Nach einem Schlusswort Brüggemann's (Generalkommission) und Schröder's wurde der Kongress mit dem Rufe „Glückauf!“ beendet.

Die Einzelmitglieder des Verbandes der in Konsum- und ähnlichen Vereinen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands hielten am 11. April in Halle a. S. eine Generalversammlung ab. Anwesend waren 114 Teil nehmer aus 27 Vereinen. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist von 200 auf 300 gestiegen. Die Einnahmen betragen 2346,26 M., einschließlich eines früheren Bestandes von 731,44 M. Ausgegeben wurden 1202,15 M. Ueber die statistischen Erhebungen wurde mitgeteilt: Es seien 65 Berichte über die Verhältnisse von 305 Lagerhaltern und 17 Lagerhalterinnen eingegangen (mehr gegen das Vorjahr: 28 Berichte über 90 Lagerhalter und 8 Lager halterinnen). Nach diesen Berichten betrug die niedrigste Geschäfts- und Arbeitszeit wöchentlich 61 Stunden, die höchste 96 Stunden. Die letztere war in zwei Geschäften üblich. Die Sonntagsruhe war in 14 Vereinen durchgeführte, in 26 Vereinen wurde Sonntags geoffnet; im Vorjahre waren es 13 bez. 33 Vereine. Mittags wurde in 16 Vereinen geschlossen, in 25 Vereinen nicht. Die Frauenbeschäftigung ist dieselbe wie früher, doch haben einzelne Verwaltungen Erleichterungen für die Frauen geschaffen. Gehalt wurde als niedrigste 17 M., als höchste 40 bis 44 M. pro Woche genannt und die Bezahlung nach Prozentsatz als verwerflich gerügt. In Dividenden wurden 4%, bis 18 pCt. gezahlt. Aus den Berichten geht hervor, daß die Verwaltungen sich bemühten, Verbesserungen der Lage der Angestellten herbeizuführen.

Die Generalversammlung nahm einige Statutenänderungen vor und beschloß weiter, ein Blatt obligatorisch einzuführen. Als solches wurde das in Hamburg erscheinende „Handlungsgehilfenblatt“ gewählt. Der bisherige Vorstand wurde mit der Ausnahme wiedergewählt, daß an Stelle des Kollegen Pechold der Kollege Thiem in Leipzig tritt.

Kokales.

Künster Wahlkreis. Am Sonntag, den 17. April, früh 7 1/2 Uhr, findet eine Flugblatt-Verteilung zu den bevorstehenden Reichstags-Wahlen statt. Die Genossen wollen sich in folgenden Lokalen rechtzeitig einfinden: 1. Greißwalderstr. 3 bei Eichhorn; 2. Mendelssohnstr. 16, Ecke Jostystraße bei Kubnow; 3. Hirtenstr. 10 bei Rüdych; 4. Kleine Hamburgerstr. 27, Ecke Elssasserstraße, bei Wittchow; 5. Luisenstr. 5 bei Schmidt. Wir eruchen nochmals die Parteigenossen, sich thätig an der Verbreitung beteiligen zu wollen. — Gleichfalls sei darauf hingewiesen, daß am Montag, den 18. April, in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112, eine Volksversammlung stattfindet, in welcher der Kandidat des Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt, über: „Beute politik oder Arbeiterpolitik“ sprechen wird. Die Ver trauenspersonen.

Freie Volkshöhle. Die „Weber“-Vorstellung der 4. Abteilung ist am Sonntag, den 17. April, im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater. Die Mitglieder der 5. Abteilung werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß sie an zwei Sonntagen hinter einander Vorstellung haben, und zwar am 17. April im Festungs-Theater „Caprienne“ und am 24. April „Die Weber“ im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater. Es sind daher die Beiträge rechtzeitig

zu entrichten. Nachzügler aus anderen Abteilungen können nur Zutritt erhalten, soweit Raum vorhanden ist, und zwar nur einen Stehplatz, da die Sitzplätze für die Mitglieder der betreffenden Ab teilung reserviert sind. (Siehe heutiges Inserat.)

Die Einteilung der Wahlbezirke der Stadt Berlin für die Reichstagswahlen nach Maßgabe der sechs Wahlkreise ist bereits aufgestellt. Nach derselben gehören:

zum I. Wahlkreis die Wahlbezirke 1-30 und 569-574, bestehend aus den Stadtbezirken 1-20 und 288 und 294; zum II. Wahlkreis die Wahlbezirke 31-154 und 228 bis 285, bestehend aus den Stadtbezirken 21-780 und 114-117; zum III. Wahlkreis die Wahlbezirke 155-161, 170-171, 236-278, bestehend aus den Stadtbezirken 79-82, 87 und 118 bis 144; zum IV. Wahlkreis die Wahlbezirke 162-169, 172 bis 227 und 279-377, bestehend aus den Stadtbezirken 89-96, 98 bis 113 und 145-191; zum V. Wahlkreis die Wahlbezirke 378-424 und 561 bis 568, bestehend aus den Stadtbezirken 192-217 und 279-282; zum VI. Wahlkreis die Wahlbezirke 425-560 und 575-663, bestehend aus den Stadtbezirken 218-278 und 285 bis 328 B.

Demnach umfaßt der I. Wahlkreis 96 Wahlbezirke, der II. Wahlkreis 182 Wahlbezirke, der III. Wahlkreis 52 Wahlbezirke, der IV. Wahlkreis 163 Wahlbezirke, der V. Wahlkreis 65 Wahlbezirke, der VI. Wahlkreis 225 Wahlbezirke. Zusammen 663 Wahlbezirke.

Die Zahl der Wahlberechtigten war 1898 im ersten Wahlkreise 20 169, im zweiten Wahlkreise 75 857, im dritten Wahlkreise 32 570, im vierten Wahlkreise 93 063, im fünften Wahlkreise 31 897, im sechsten Wahlkreise 121 625. Gegen 1890 hatte die Zahl der Wahlberechtigten abgenommen im ersten Wahlkreise um 1071, im dritten Wahlkreise um 1968, im fünften Wahlkreise um 650. Eine Zunahme der Wahlberechtigten war zu verzeichnen im zweiten Wahlkreise um 8279, im vierten Wahlkreise um 8788, im sechsten Wahlkreise um 17 165. Wahrscheinlich wird die Abnahme der Wählerzahl in den inneren Stadtteilen und die Zunahme an der Peripherie sich bei der dies-jährigen Wahl noch bedeutend auffälliger bemerkbar machen. Schon 1893 hatte ein Wähler des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises ein sechsfach größeres Stimmengewicht als ein Wähler des sechsten Wahlkreises. Und das Wahlrecht, unter welchem eine derart un gerechte Verteilung des Einflusses der Wähler möglich ist, wollen die junkerlichen und bourgeoisen Feinde des deutschen Volkes, sobald sie die Macht dazu haben, noch bedeutend vergrößern, ja, wenn mög lich, ganz beseitigen. Da ist es Pflicht der Wähler, auf der Hut zu sein und dem reaktionären inneren Feinde eine Niederlage beizubringen, daß ihm der Appell zu ferneren Attentaten vergeht.

Die impouirende Würde, mit der das deutsche Proletariat des 18. März 1948 als des größten Ehrentages der deutschen Ge schichte gedacht hat, ist natürlich den Feinden und Anfeindern des Volkes höchst unangenehm gewesen. In ihrer Rath griffen die Rich schrittkler zu dem Verlegenheitsmittel der Verleumdung, und in zahl reichen Blättern und Schriften waren daher vor einigen Wochen die unglücklichsten Mißverständnisse aufgestellt, um das Andenken der Märzämpfer zu schmälern. Besonders häufig wurde hierbei ein Memoirenwert eines Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Jungingen zitiert, daß eine Menge abgehauener Don Cuischoterien darüber enthielt, wie die „treuen“ Soldaten am 18. März im Berliner Rathhause unzählige Polen und Franzosen niedergemacht und somit durch die tapfere That den Beweis erbracht hätten, daß außer den Juden nur ausländische Emigranten verschmutzte Schürer des Auf rufes gewesen seien. Verständige Leute lachten über den prinzipiellen Barmherzigkeit und seine von A bis Z erfundenen Märchen, aber für die vollstündliche Presse waren die Lügengeschichten ein gefundenes Fressen.

Annemehr muß der Stark an bekannte Offenbach'sche Operetten gestellten erinnere Prinz Kraft es sich gefallen lassen, daß er von einer Seite, von der es sich wohl am wenigsten vermutet hätte, beim Ohrgipfel genommen wird.

Die „Kreuz-Zeitung“ wendet sich gegen ihn. Und das kommt so. Im großen Namich schrieb die Durchlaucht auch, wie es in dem Junkerblatt heißt, „mit nicht zu verkennender Malice von dem demaligen Oberstleutnant a. D. Frhrn. v. Winde“, „früheren Generalstabs-Offizier des Prinzen von Preußen“, der von Barricade zu Barricade gegangen sei und unbefugter Weise den Befehl zur Räumung den Truppen weiter getragen, die darauf ihm angethanen Unfällen ruhig hingegenommen habe, in Liegnitz ver suchte, das Kommando zu übernehmen, und auch in Breslau in die Angelegenheiten zu menden sich unterfangen hätte; daß er aber zu entschuldigen sei, da er schließlich in einem Irrenhause Auf nahme gefunden hätte.“

Dem gegenüber beweist die „Kreuz-Zeitung“ jezt klipp und klar, daß der genannte Oberstleutnant weder in einer solchen Anstalt irgend eine Zeit zugebracht, noch in Breslau oder Liegnitz in jener Zeit gewirkt, noch aber in Berlin die Räumung veranlaßt, sondern im Gegenteil seines Benehmens wegen sich der Anerkennung des gewis entschlossenen Mannes jener Tage, des Prinzen von Preußen, zu erfreuen gehabt hat.

Die Schriftstücke und Urkunden, durch welche der Prinz Kraft als Lügenperpetrator hingestellt wird, können nicht weiter interessieren. Möglicherweise werden die Edelsten der Nation es der „Kreuz-Zeitung“ stark verzeihen, daß sie in so ungewöhnlicher Weise einmal der Wahrheit die Ehre gegeben und einen schlagenden Beweis von der unanfechtbaren Gesinnung der Volksfeinde erbracht hat.

Eine häßliche Gesellschaft. Die „Vorfachenschaftl. Blätter“ schreiben: „Durch die Tagespresse ging die Meldung, daß im Friedrichshain auf den Gräbern der Märzgefallenen von 1848 neben den Kränzen der Sozialdemokraten 15 deutsche Bur schenschaftler einen Kranz mit Widmung und schwarz-roth-goldener Schleife niedergelegt hätten. Ob die offenkundig tendenziös auf gepunkte Nachricht auf Thatsachen (1) beruht, läßt sich nicht mehr feststellen. Immerhin sieht sich der Berliner D. S. als zunächst Beteiligten, zu der Erklärung genötigt, daß von ihm die Kranz niederlegung, die am 18. März und unter den gegebenen Umständen als einseitige Demonstration aufgefaßt werden kann, nicht angeregt ist, und daß er sie als Demonstration unter der obigen Voraussetzung mißbilligt.“

Diese Zammerkerle sind die Epigonen jener Jünglinge, die einst für die Einheit und Freiheit Deutschlands Verfolgungen erlitten haben, wie sie heutigen Tages nur über Sozialdemokraten verhängt werden.

Der Polizeipräsident erläßt folgende Warnung: Unter dem Namen eines Grafen Beyhel von Gannich, Grafen Rognitz, von Bihg, von Schultenburg sucht der geistreiche Kommiss Willibald Deel sich in den verschiedensten Geschäften, namentlich Konfektions- und Goldwaarengeschäften auf Kredit Waaren zu entnehmen, was ihm in vielen Fällen auch gelungen ist. Es wird vor diesem Man schen, der völlig vermögenslos ist, gewarnt. Derselbe ist 19 Jahre alt, hat dunkles Haar, kleines dunkles Schnurrärtchen, ist groß und schlant und tritt sehr elegant auf.

Ueber die Verzweiflungsthat einer Verlassenen, mit der sich die zweite Strafkammer am Landgericht II. zu beschäftigen hatte, wurde vor einigen Tagen in den Zeitungen berichtet. Ein junges Mädchen, welches von einem Fabrikdirekten in Calbe a. S. dem Glend preisgegeben wurde, nachdem sie Mutter geworden und aus formellen Gründen mit ihren Alimentsanprüchen abgewiesen worden war, hatte in ihrer Verzweiflung einen Drobbrief an den Teufel geschrieben und sich dadurch der verfluchten Erpressung schuldig gemacht. Sie wurde daher unter Ausdrücken des Bedauerns zu der geringsten zulässigen Strafe von einer Woche Gefängnis verurteilt. Mit dieser Verurteilung scheint sich das Geschick der Verlassenen secundärer gestalten zu wollen, denn der Vorsitzende der betreffenden Kammer, Landgerichtsdirektor Stäber, empfangt unmittelbar nach dem Erscheinen des Berichtes ein Schreiben eines

hochangesehenen Mannes in einem Sororte, der um die Adresse des Mädchens bat, da er ihr ein passendes Unterkommen schaffen wolle, welches sie in den Stand setze, für ihr Kind zu sorgen. Land gerichtsdirektor Stäber hat das Schreiben sofort an den Ber theidiger, Rechtsanwalt Wollner, mit dem Gesuchen gelangen lassen, das weitere zu veranlassen, was natürlich sofort geschehen ist.

Autofuggektion. Eine merkwürdige „eingebildete Kranke“ war das 25 Jahre alte Dienstmädchen Emilie Nikola, über dessen „gesunden Schlaf“ wir am Sonnabend berichteten. Das Mädchen stand, wie wir mittheilten, am Sonnabend Morgen mit einem stechenden Schmerz in der Brust und Athembeschwerden auf. Da es sein künstliches Gebiß von neun Zähnen nicht finden konnte, so glaubte es, dieses im Schlafe verschluckt zu haben und so zu den Schmerzen und Beschwerden gekommen zu sein. Im Krankenhaus konnte man von dem Gebiß auch nicht eine Spur entdecken; da das Mädchen aber dabei blieb, genau zu wissen und zu fühlen, so behielt man es da, um den sonderbaren Fall weiter zu behandeln. Am letzten Besuchstage aber kam eine überraschende Aufklärung. Ein An gehöriger kam und brachte der Kranken das Gebiß mit; man hatte es unterdessen im Bett zwischen der Planke und der Matratze ge funden. Sobald das Mädchen, das ununterbrochen bis zum letzten Augenblicke Schmerzen empfunden hatte, das Gebiß vor Augen sah, schwand sofort die Einbildung, die Krankheit machte auf der Stelle völliger Gesundheit Platz, jedes Schmerzgefühl war geschwunden. Die Wiedergenesene verließ sofort das Krankenhaus.

Ausdrückende Gase haben wieder einmal großes Unheil ange stellt. In der Küche der Familie Schlegler, Courbidirekt. 18, befindet sich eine Gaslocheinrichtung, welche durch Unachtsamkeit der damit betrauten Dienstmagd gestern Abend geöffnet blieb. Weiterhin hatte man unterlassen, den Hauptabzug abgedreht, jedoch während der Nacht eine große Menge Gas auströmte. Die beiden auf dem Gängeboden, unmittelbar neben der Küche, schlafenden Mädchen sind infolge der Gasvergiftung schwer erkrankt. Eines der Mädchen mußte nach dem Krankenhause übergeführt werden. Auch die Gattin des Kaufmanns Schlegler wurde völlig betäubt aufgefunden.

In einem Hotel der Friedrichstadt vergiftet hat sich eine Dame, die sich als Frau v. Liebert aus Wien in das Fremdenbuch eingetragen hatte. Sie wohnte bereits seit vierzehn Tagen hier und hinterließ einen Brief an den Polizeipräsidenten.

Auch das dritte Opfer des Familien dramas in der Albederstraße, der achtjährige Sohn Fritz der Wittwe Volkmann, ist jezt zum Vorklein gekommen. Seine Leiche ist gestern Nachmittag auf Charlottenburger Gebiet aus dem Landwehrkanal gefahndet worden, nicht weit von der Stelle, wo man vor einigen Tagen die Leiche der Mutter fand.

Beim Judanerspielen ist Dienstag Nachmittag der 15 jährige Arbeitsbursche Georg Lawrenz durch einen Schuß schwer verletzt worden. Lawrenz, der Sohn eines Maurers, ging mittags mit einem Bekannten nach den Wiesen, die zwischen der Seestraße und der Jungfernhaide liegen. Hier trafen die Beiden vier ihnen un bekannte Knaben im Alter von 12-14 Jahren und baigten sich mit ihnen herum. Aus einem Ringkampf entwickelte sich ein Indianerspiel. Plötzlich bekam Lawrenz von einem der unbekannteren Bur schen anscheinend aus einem Zersch ein Bleigewehr in den Rücken und brach schwerverletzt zusammen. In der Klinik in der Ziegelstraße liegt er bedenklich darnieder. Der Thäter ist noch nicht ermittelt.

Lebensgefahr im Militärkranke. Das Polizeipräsidentium giebt bekannt: Um die dem Publikum drohende Gefahr, durch abirrende Geschosse aus den Schießständen der Hasenhaide getroffen zu werden, nach Möglichkeit abzumindern, wird vor unvorsichtiger Annäherung bzw. dem Betreten des Tempelhofer Gezerplatzes und der Hasen haide gewarnt. Zugleich werden die Eltern und alle diejenigen, welchen die Obhut von Kindern anvertraut ist, hierdurch aufgefordert, die Kleinen auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welcher sie sich bei dem Betreten dieser Gebiete aussetzen.

Die Brückenstraße zwischen der Rung- und der Köpnickstraße wird wegen Umbaus der Gasanlage vom 18. bis 16. d. M. die Petristraße von der Gertrandenstraße bis zum Hause Nr. 28 zur Auswechslung von Gasröhren bis zum 18. d. M. für Fahr werke und Reiter gesperrt.

Infolge Abbruchs des Hauses Neu-Cölln am Wasser 24 ist der dort aufgestellt gewesene Haus-Feuermelder beseitigt worden.

Aus Liebesgram hat am Dienstag das Dienstmädchen Anna Conrad, das seit einem Jahre bei dem Fabrikanten Stegmüller am Mariannenplatz 18 in Stellung sich befand, Selbstmord begangen. Das Mädchen war mit ihrem Geliebten in Jernkniffen gerathen und tötete sich durch einen Revolver schuß ins Herz.

In einem Anfälle von Schwermuth hat der 62 jährige Rentner Wilhelm Engelling, eine auf dem Gesundbrunnen sehr bekannte Persönlichkeit, sich in der Nähe von Oranienburg an einem Baum erhängt.

Eine starke Gasexplosion, bei der ein Mann erheblich ver brannte und ein Kind in Lebensgefahr schwelte, ereignete sich Mittwoch Abend Größstr. 1. Dort hatte bisher im 3. Stock der Kaufmann Overack seine Privatwohnung, die er jedoch nach dem 2. Stock verlegen wollte. Ein Theil der Möbel war bereits dorthin geschafft, darunter auch der große Kron leuchter. Das Abnehmen des letzteren war aber nicht durch Fach leute, sondern durch Bureaupersonal erfolgt, wobei jedenfalls das Gasrohr an der Deckenrose nicht fest verschraubt wurde, wodurch Gas auströmte und durch die Decke in die darüber liegende Woh nung des 4. Stockes drang. Die hier wohnende Reinmachefrau Hoffmann wurde plötzlich durch das bedrückende Röcheln ihres halb jährigen Kindes aufmerksam und rief in ihrer Angst den da neben wohnenden Mechaniker Henschke, der sofort einen intensiven Gasgeruch feststellte und nach dem dritten Stock hinauf eilte, wo er Frau Overack traf, der soeben die Stube betreten wollte. Raum war die Thür geöffnet, als eine gewaltige Detonation erfolgte, wodurch die Fenster scheiben auf die Straße geworfen und die Stubendecke stark beschädigt wurde. Im Zimmer lag ein Arbeiter auf dem Boden, während der Buchhalter Alfred Zeule starke Brandwunden im Gesicht und an den Händen davon getragen und sich das Kopfhaar verbrannt hatte. Die Explosion war beim Abnehmen der schadhafsten Stelle ent standen. Die alarmirte Feuerwehr beseitigte jede weitere Explosions gefahr.

Feuerbericht. Dienstag Abend 10 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Straße Am Circus 12a gerufen, wo die Balkenlage brannte. Mittwoch Mittag 11 Uhr erfolgte Lindowstr. 17 ein Dachstuhlbrand, der die Wehr längere Zeit beschäftigte.

Die 7. händische Fortbildungsschule für Jünglinge und Erwachsene, Größstr. 85/86, nahe der Rotbuser Brücke, eröffnet am Donnerstag, den 14. April, ihr Sommersemester. Die Anstalt bietet muentgeltlichen Unterricht in Deutsch, Rechnen, Geometrie, Physik und Chemie, in Firtel, Projektions-, Ornament- und Körper zeichnen, in der einfachen und doppelten Buchführung. Außerdem wird gelehrt: Französisch und Englisch, Freizeichnen für Gravure, Lithographen u. s. w., wofür halbjährlich 4 M., Stenographie und Maschinenzeichnen, wofür 2 M., Modelliren, wofür 1 M. zu zahlen ist. Der Unterricht, der in ausföehrenden Kurfen ertheilt wird, findet von 7 1/2-9 1/2 Uhr abends, Sonntags von 8-9 1/4 Uhr vor mittags statt. Anmeldungen nimmt noch täglich von 12-1 Uhr und 7-9 Uhr, Sonntags von 8-9 1/4 Uhr der Leiter der Schule, Rektor Falh, im Schulhause, Hof rechts parterre, entgegen.

Unterricht im Englischen. Freitag, den 15. April wird an der 4. Fortbildungsschule für Jünglinge, Veinersdorferstraße 18, wieder ein neuer Kursus im Englischen eröffnet. Der Unterricht erfolgt Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr und be ginnt sofort mit Englisch-Sprechen, dem äußerst billige Lektoren und Lektörchen, wie sie in englischen Schulen benutzt werden, zu grunde liegen. Namentlich für junge Kaufleute, die ins Ausland gehen wollen, empfehle ich der Kursus, aber auch für Handwerker. Das Unterrichtshonorar beträgt nur 4 M. pro Halbjahr. Anmeldungen, auch schriftliche, nimmt noch täglich Rektor Lugenberger entgegen.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Schöneberg! Noch einmal weisen wir darauf hin, daß die Stichwahl im 5. Bezirk am heutigen Tage, vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr, im Lokale von Neumann, Goltstr. 10, stattfindet. Wir eruchen alle Arbeiter, ihre Pflicht zu erfüllen. Parteigenossen, welche sich dem Komitee zur Verfügung stellen wollen, mögen sich bei Döb, Brunenwaldstr. 110, einfinden. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Aus Nixdorf. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag in der Steinwegstraße. Das 6jährige Stöckchen der Zimmermann Scheffler'schen Eheleute sah aus dem Fenster der im dritten Stock belegenen elterlichen Wohnung auf die Straße hinab, verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Das unglückliche Kind erlitt so schwere Verletzungen, daß es bald darauf verstarb. — Die Arbeitnehmer-Mitglieder der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse haben am 15. d. M., abends 8 Uhr, im „Deutschen Wirtschaftshaus“, Bergstr. 137, vier Delegierte zu wählen, worauf wir hiermit die Mitglieder aufmerksam machen. — Ein großer Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht zum zweiten Osterfeiertag in dem Baarenhaus von Lesure u. Raphael in der Hermannstraße verübt. Die Diebe haben besonders größere Posten Kleidungsstücke und Wäsche entwendet. Bisher fehlt von den Tätern jede Spur.

Stützengelds Nachfolger. Die interimistische Verwaltung des Landratsamts in Belgis ist, nachdem dem Landrath v. Stützengel die nachgesuchte Dienstentlassung erteilt worden, dem Regierungs-Ressort v. Tschirsky und Bögenhoff vom 1. April ab übertragen worden.

Vom neuen Vorflutwerk bei Tegel sind jetzt sämtliche Fabrikgebäude im Ausheren fertig, und auch das an der Tegeler Chaussee liegende große Verwaltungsgebäude, mit dessen Bau zuletzt begonnen wurde, ist schon bis zum obersten Stockwerk aufgeführt. Zum Teil ist auch der Betrieb bereits eröffnet worden, indem die in der Moabit Fabrik fertiggestellten Maschinenwerke nach Tegel gebracht und im dortigen Montagegebäude zusammengesetzt werden.

Der Regierungspräsident in Potsdam hat nach Anhörung der beteiligten Fischereiberechtigten auf den öffentlichen Gewässern zwischen Spandau und Brandenburg im Zuge der Davel 51 neue Fischkontrollen angeordnet, wo die Ausübung jeder Art der Fischerei für die Zeit vom 10. April bis 1. Juli jedes Jahres verboten ist.

Die Direktion des königlichen meteorologischen magnetischen Observatoriums auf dem Telegraphenberg bei Potsdam hatte, wie seinerzeit berichtet, nicht nur gegen die Anlage von elektrischen Bahnen und Elektrizitätswerken im weiteren Umkreise des Instituts, sondern auch gegen den Bau eines zweiten Wasserwerkes der Stadt Potsdam auf dem Branhausberge Einspruch erhoben. Nachdem nunmehr Verhandlungen über diese Angelegenheit stattgefunden haben, hat das Observatorium seinen Einspruch gegen den Bau des Wasserwerkes zurückgezogen.

Gerihts-Beitrag.

In praktischer Weise entkräftete gestern der Kaufmann Max Schwarz aus Wlarsch eine auch und zugegangene Zeitungsnote, die in hiesigen Zeitungen über ihn erschienen war. Schwarz hat unter der Auflage, eine ganze Reihe deutscher Kaufleute betrügerischerweise um große Summen gebracht zu haben, längere Zeit in Untersuchungshaft gesessen. Er ist schließlich gegen eine Bürgschaft von 10000 M. aus der Haft entlassen worden, nachdem die Voruntersuchung ergeben hatte, daß die Anlagepunkte wesentlich zusammengekauft sind. Die am Montag veröffentlichte Zeitungsnote besagte nun, daß Schwarz es vorgezogen habe, kurz vor dem unmittelbar bevorstehenden Verhandlungstermin unter Preisgabe seiner Bürgschaft spurlos zu verschwinden. Gestern ließ sich nun Herr Schwarz durch den Rechtsanwalt Dr. Sawindt zu dem Vorsitzenden der 5. Strafkammer, Landgerichtsdirektor Weinmann, führen, um durch dieses persönliche Erscheinen die völlige Grundlosigkeit jener Notiz zu beweisen. Da die Festsetzung eines Termins ist übrigens noch gar nicht zu denken, da zunächst noch ein Zeuge in England zu vernehmen ist und die Akten dorthin gewandert sind.

Einer Auflage wegen Veranforderung zum Zweikampfe bezw. Kartellstrafe, welche gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I gegen die Bergingenieur Theodor Stegmann und Gustav Weinholz verhandelt wurde, lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Im verflochtenen Herbst hatten die beiden Angeklagten bei einem hiesigen Pionier-Regiment an einem Manöver teilgenommen. Als gelegentlich einer brendeten Übung die Gewehre zusammengeführt wurden, kam eine kleine Unordnung vor, die der Lieutenant Wandersleben mit den Worten rügte: „Na, natürlich wieder ein Einjähriger!“ Der Angeklagte Stegmann mußte diese Äußerung auf sich beziehen. Er trat vor, um sich zu verantworten, wurde aber hinsten durch den Lieutenant, der ihm „Halten Sie das Maul!“ rief, verhindert. Stegmann richtete eine Beschwerde an das Regiment und ließ außerdem nach beendetem Manöver den Lieutenant Wandersleben auf Säbel ohne Binden und Bandagen fordern. Wandersleben lehnte die Forderung ab, indem er dem Kartellträger Weinholz gegenüber äußerte, daß er die Entscheidung dem „Ehrenrathe“ unterbreiten werde. Das Duell ist unterblieben, die Sache dagegen zur Anzeige gelangt. Lieutenant Wandersleben erhielt von seinem Vorgesetzten einen Verweis, weil er eine Dienstleistung des Stegmann in einer Form gerügt habe, wodurch dessen Selbstbewußtsein verletzt wurde. Staatsanwalt Stachow beantragte gegen die Angeklagten, welche vom persönlichen Erscheinen entbunden waren, eine Festsetzungsstrafe von je einem Monat. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Stegmann zu einem Monat, den Angeklagten Weinholz zu zwei Wochen Festung mit der Begründung, daß dieselben es bei der Beschwerde hätten bewenden lassen können.

Eine höchst lärmende Gerichtsverhandlung spielte sich gestern vor den Schranken des hiesigen Schöffengerichts ab und nahm einen so tragikomischen Verlauf, daß nicht nur das Publikum, sondern auch der Vorsitzende und die Schöffen wiederholt in schallendem Gelächter ausbrachen. Auf der Anklagebank saß ein altes, 72jähriges, graubärtiges Männchen, einen hellen Sommerüberzieher stolz zur Schau tragend und einen eleganten Chapeau-claque in der Hand, den er beifällig auf einen Stuhl des Anklagebänkes niederlegte. Es war der „alte Kluge“, eine stabilbaltene Persönlichkeit, der am Friedrichstraßen-Bahnhof, bei der Georgenstraße, das ehrsame Ant eines Stiefelputzers verstiht und es bei dieser Beschäftigung zu einigem Wohlstande gebracht haben muß, denn sein Verteidiger verrieth dem Gerichtshof, daß verschiedene Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts es verstanden haben, den gutgläubigen alten Mann um Geldsummen in Höhe von 2000 M. zu bringen. Die Unglücklichkeit, die Kluge zur Schan trug, wurde noch größer, als seine Ehefrau, mit der er seit 15 Jahren nicht zusammenlebt, in den Saal trat, um gegen ihn Zeugnis abzulegen. Er freckte verweilt die Arme gen Himmel, sie aber schüttelte mit einer Zungenkraft, gegen die die Kommandostimme eines Unteroffiziers als ein leises Geflüster zu erachten ist, die ganze Schale ihres Zornes gegen den Angeklagten aus, der, wie sie laut schreiend dem Vorsitzenden immer wieder versicherte, sie fünf ganze Leben unglücklich gemacht habe. Sie hatte schon in einem langen, mit Schimpfworten vollgeproppten Schriftsatz ihrem gerperten Herzen Luft gemacht und es als das erste Ziel ihrer Wünsche hingestellt, daß man ihren Ehemann, der sie schönede verlassen und mit einer anderen lebe, in ein Irrenhaus stecke, damit sie endlich vor ihm Ruhe habe. Jetzt, wo sie zum Sprechen kam, rissen alle Bande stromer Schen, sie schrie, daß die Fenster klirren und alle Bemühungen des Vorsitzenden und des Staatsanwalts, sie zu beruhigen, waren vergeblich: Die Stürmlichkeit ihrer Klagen schwenkte alle Hindernisse, die ihr entgegen gestellt wurden, hinweg und es bedurfte e. z. z. empfinden Androping von Ordnungstrafen, um die beinahe

60jährige Frau zu ruhiger Abgabe ihres Zeugnisses zu bewegen. Und was war die Ursache dieses erregten Zustandes? Er hatte sie, wie sie behauptet, viermal gröblich beleidigt. Fünfzehn Jahre lang sind sich die beiden aus dem Wege gegangen, da wollte es der böse Zufall — oder sollte es Absicht gewesen sein? — daß Frau Kluge viermal kurz hintereinander an dem Stande des Allen in der Friedrichstraße vorbeiging. Und da soll dem der Stiefelputzschäner-Direktor durch den Anblick seiner Gattin zu unliebswürdigen Worten verleitet worden sein, die das Strafgesetzbuch als Beleidigungen grober Art aufzählt. Einmal soll er sogar eine pantomimische Beleidigung hinzugefügt haben, die der Zeugin als die empörendste Ehrenkränkung erschienen ist: er soll ihr seine Keckheit gezeigt und dabei seinen Kopf höhnisch auseinandergeschlagen haben! Das war zu viel! Die Zeugin, die über die sämtlichen Beleidigungen gewissenhaft Buch geführt hatte, nahm nun die Hilfe des Staatsanwalts in Anspruch. „Das bin ich meiner Ehre schuldig!“ schrie sie mit einer Kraft hinaus, daß der alte Kluge förmlich zusammen tauchte, wiederum die Arme gen Himmel freckte und versicherte, daß er „unschuldig wie die Sonne und wie ein Kind in der Wiege sei“. Aber aufs Neue schossen Blitze aus den Augen der Zeugin und sie donnerte den Angeklagten mit den Worten nieder: „Du hast ja selbst den Prediger betrogen!“ Kluge mußte den Leidensticker bis zum letzten Tropfen leeren, denn der Staatsanwalt beantragte gegen ihn ein Monat Gefängnis. Der Gerichtshof verurteilte ihn zwar nur zu 20 M. Geldstrafe, Herr Kluge war aber doch sehr betrübt und als er sich seinen Chapeau-claque wieder aufsetzte, murmelte er in stiller Resignation: „Der Gerechte muß viel erdulden!“

Verfammlungen.

Die zentralorganisirten Zimmerer hielten am Montag, den 11. April (2. Osterfeiertag) den 3. Provinzial-Verbands-Tag für die Provinz Brandenburg ab. Vertreten waren 82 Zahlstellen durch 37 Delegierte. Außerdem war die Agitationskommission durch 3, der Ausschuß des Verbandes durch 1 Mann vertreten.

Dem Bericht der Agitationskommission war zu entnehmen, daß in der Provinz im verflochtenen Jahre große Fortschritte in bezug auf die Ausbreitung der Organisation gemacht sind. Zahlstellen sind gegründet worden in Eberswalde, Lübben, Lehmitz, Landsberg, Sipphne, Rauen und Prigeb. Eingegangen ist Drielen und Marienwalde. Am Schluß des 4. Quartals 1898 bestanden in der Provinz Brandenburg 29 Zahlstellen mit 1793 Mitgliedern, dagegen am Schluß des 4. Quartals 1897 347 Zahlstellen mit 2368 Mitgliedern. Verfammlungen sind 78 abgehalten worden in den verschiedensten Gegenden der Provinz. Außerdem hat sich die Kommission an die Kameraden in mehreren Orten gewandt, wo noch keine Zahlstellen bestehen, so nach Soldin, Rastin, Jossen, Prenslau u. Zur Agitation ist ein Flugblatt in 10 000 Exemplaren verbreitet worden. Auch berichtete die Kommission über mehrere stattgefundenen Lohnbewegungen, auch dieses Jahr stehen mehrere Lohnbewegungen bevor. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 1738,71 M., Ausgabe 1444,87 M., einen Bestand von 293,84 M. Die Kommission wird auf Antrag der Rechnungskommission entlastet. Es wurde nun auf die Zustände im Zimmerergewerbe innerhalb der Provinz Brandenburg und die bevorstehenden Lohnbewegungen näher eingegangen. Nach den Schilderungen der einzelnen Delegierten sieht es an den meisten Orten noch recht traurig aus, und es muß noch sehr viel getan werden, um auch hier die nötige Klärung zu schaffen. Es wurde ein Antrag angenommen, bei zukünftigen Lohnbewegungen rechtzeitig dem Hauptvorstand sowie der Agitationskommission Mitteilung zu machen, ferner verpflichten sich die Delegierten, die vom Hauptvorstand herausgegebenen Extramarken in ihren Zahlstellen nach Kräften zu vertreiben, um die Mittel herbeizuschaffen für die in unserem Beruf bevorstehenden Lohnbewegungen, und in ihrer Umgebung dahin zu wirken, daß alle Zimmerer dem Zentralverband beitreten. Es wird noch eine Resolution angenommen, in welcher die Delegierten ihre Sympathie aussprechen mit der Haltung der Zahlstelle Berlin in dem bedauerlichen Organisationsformstreit. Ferner wird ein Antrag angenommen, den nächsten Provinzial-Verbands-Tag über zwei Jahre stattfinden zu lassen, den Ort hat die Kommission zu bestimmen. Die Stärke der Kommission wurde auf fünf Personen festgesetzt, der Vorsitzende und Kassierer wurden gleich gewählt, als ersterer K u b e - Berlin, als zweiterer F r e i t a g - Charlottenburg, die übrigen drei Personen sollen in den Zahlstellen Berlin und Umgegend gewählt werden. Damit war die Tagesordnung erledigt und es wurde der Verbands-Tag geschlossen.

Zu der hiesigen Zahlstelle des Verbandes der in Buchbindereien zc. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 4. April Herr Walded Manasse einen Vortrag über: „Der Kampf ums Dasein“. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gelangte ein Antrag der Bevollmächtigten, die Zahlstelle Beuthstr. 21 (Restaurant „Zur Neuen Post“) mit der Hauptzahlstelle der „Freien Hilfs-Krankenkasse der Buchbinder“ zusammen vom 16. April ab nach Alte Jakobstr. 75 bei Feuerstein (Vereinzimmer) zu verlegen, zur Annahme. Ferner wies Brückner auf die in letzter Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ enthaltene Bekanntmachung des Verbandsvorstandes hin, wonach die Arbeitslosenunterstützung bis zum Gesamtbetrage von 20 und 40 M. nun doch vom 1. April zur Auszahlung gelangen und die tägliche Unterstützung von 50 und 75 Pf. dagegen beibehalten werden soll. Der Redner ersuchte, die in der Verfammlungen vom 21. März angenommene Resolution als erledigt zu betrachten. Weiter gab Brückner das Resultat der Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse der Buchbinder bekannt, danach hat die Liste der organisierten Mitglieder 894 Stimmen, die der unorganisierten 829, ersterer 505 Stimmen mehr aufzuweisen. Kollege Krause schreibt das für uns günstige Resultat auf Rechnung des bestehenden Vertrauensmännerstems und mahnt zur Wahl der Vertrauenspersonen in Vertretung, die bisher noch keine gewählt haben. Bergmann machte nochmals darauf aufmerksam, daß bei Veränderung der Wohnung die neue Adresse dem Kassierer mitgeteilt werden muß. Zum Schluß wurde zur Beteiligung an der am 25. April bei Feuerstein stattfindenden ordentlichen Generalversammlung aufgefordert.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Am 5. April fand die 8. ordentliche Generalversammlung des Bundes statt. Aus dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes ist hervorzuheben, daß der Bund zur Zeit aus 190 Vereinen besteht und demnach, gegen voriges Geschäftsjahr, um 11 Vereine zurückgegangen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die kleineren Vereine sich zum Teil zu Gunsten der größeren aufgelöst und verschmolzen haben. Die Zusammenstellung der Vereine ist folgende: 184 Männerchöre, 5 gemischte Chöre und 1 Damenchor. In Berlin domiciliren 116 und in der Umgegend 74 Vereine. Die Gesamtzahl der aktiven Sänger beträgt 4100, der passiven 877. — Im verflochtenen Geschäftsjahr fanden 10 Uebungsstunden und 6 Ausschusshitzungen statt. — Die Zusammenstellung der Kassenübersicht ergibt eine Einnahme von 3784,39 M. und eine Ausgabe von 3069,88 M., bleibt demnach ein Kassenbestand von 714,51 M. An Unterstutzungen sind insgesamt 1550,00 M. bewilligt und gezahlt worden. Die Kasse ist von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden; dem Kassierer Kaiser wurde Decharge erteilt. Die auf Aenderung des Statuts gestellten Anträge wurden abgelehnt. In der hierauf folgenden Wahl des Vorstandes sind die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. — Der Vorsitzende richtete zum Schluß einen warmen Appell an die Mitglieder, sich an den Arrangements des Bundes mehr und besser zu beteiligen, ebenfalls zur Kaiserfeier, wenn die Aufforderung an sie ergehen sollte, alle Mann pünktlich und thätig am Platze zu sein, um den Gesang wirkungsvoll zu gestalten. — **Verichtigung.** Herr E. Damrich, Werkstat für Bildhauerarbeiten, sendet ein Schreiben, in welchem die Angaben, die in einer Studatens-Verfammlungen über genannte Firma gemacht wurden (vergl. Bericht in Nr. 84 des „Vorwärts“ vom 10. April), als unwarh bezeichnet werden. Es werde kein Geset mit 30 Pf. Stundenlohn beschäftigt, nur einer erhalte „auf seinen eigenen

Wunsch“ einen Stundenlohn von 37 Pf., während sämtliche andere Geset tarifmäßig 45 Pf. pro Stunde erhielten.

Am Schluß seines Schreibens drückt Herr Damrich den Wunsch aus, man möge doch in den Verfammlungen wahrheitsgemäß berichten. Dem können wir nur beipflichten und da wir der Ueberzeugung sind, daß Herr Damrich selbst bei der Abfassung der Berichtigung sich streng an die Wahrheit hielt, so wären wir in der That sehr begierig, den merkwürdigen Arbeiter, der „auf seinen eigenen Wunsch“ pro Stunde 8 Pfennige weniger erhält als seine Kollegen, näher kennen zu lernen.

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perrückenmacher-Schiffen. Heute Abend 10 1/2 Uhr bei Schiller, Rosenthalerstr. 67: Verfammlungen. Gäste willkommen.

Berliner Naturheilverein II. Heute Abend 8 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Vereins Kaufleute, Beuthstr. 20. Vortrag des Herrn J. Thiel aus Eberfeld.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

W. S. 50. Widerspruch wäre erfolglos. Nach dem Zuzug muß jedes Kind vor Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres getauft werden, falls es nicht nach ärztlichem Zeugnis die natürlichen Platten überstanden hat. — **W. S. 74.** Der Wirt hat das Recht. — **W. S. 100.** Ja. — **W. S. Genosse.** Die Wissenschaft ist noch nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten. — **W. Nixdorf.** Rein.

Witterungsübersicht vom 13. April 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barometer-stand in mm, reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (0 bis 40 R.).
Swinemünde . . .	756	ONO	5	Regen	6
Hamburg . . .	769	R	3	bedeckt	4
Berlin . . .	764	W	4	Regen	9
Niesbaden . . .	758	WSW	2	bedeckt	7
München . . .	758	W	7	Regen	4
Wien . . .	756	WSW	4	wolkenlos	7
Jayaranda . . .	770	NO	2	wolkenlos	— 6
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cost . . .	753	SSW	8	Regen	10
Aberdeen . . .	757	SO	5	wolfig	8
Paris . . .	768	WSW	3	wolfig	6

Wetter-Prognose für Donnerstag, 14. April 1898. Zunächst kühl, zeitweise heiter, bei mäßigen südöstlichen Winden; nachher neue Erwärmung, Eräubung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Donnerstag, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, in Stabernack's Salon, Inselstrasse 10:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Wahl des Vorstandes und zweier Revisoren. 3. Verschiedenes. 4/19
Mitgliedsbuch legitimirt.
Beiträge werden entgegen genommen. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Buchdrucker!

Am Donnerstag, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Oeffentliche Verfammlungen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abg. ordneten Felts Herbert-Stettin über: „Die Aufgaben einer Arbeiter-Organisation“. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Verlauf des am 1. und 2. Osterfeiertag abgehaltenen Kongresses in Halle. 4. Verschiedenes. Der Eisenarbeiter.
Diese Verfammlungen soll zu gleicher Zeit eine Protestkundgebung gegen die von seiten des Verbandsvorstandes vorgenommenen Ausschüsse der Kollegen Ewald, Klein und Wilhelm sein und hierzu alle Tarifgemeinschaftsgegner und Gegner der Ausschüsse eingeladen. 25/4

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Donnerstag, den 14. April, abends 8 Uhr, bei Lange, Dragonerstrasse No. 15:

Platzdeputirten-Sitzung.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum ersten Ref. 2. Stellungnahme zur Regelung der diesjährigen Vorkontrolle. 3. Regelung der Unterstützungs-Gelände. 4. Verschiedenes. 25/7
Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es unbedingt nötig, daß von jeder Arbeitsstelle ein Deputirter anwesend ist.
Die Lohnkommission.

Fachverein der Holz- und Bretterträger

Berlin und Umgegend.
Sonntag, 17. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Wilke, Andreasstrasse No. 26:

Mitglieder-Verfammlungen

84/5 Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1898. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Achtung! Maurer. Achtung!

Am Sonntag, den 17. April, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:

General-Verfammlungen

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlin und Umgegend.
129/8 Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassiers, der Revisoren und des Ausschusses. 3. Wahl des Gesamtvorstandes, Revisoren und Ausschussmitglieder. 4. Die Kaiserfeier. 5. Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden erucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Vorstand. F. K.: Fr. Kator.

Achtung! Studatens. Achtung!

Die Sitzung der Lohnkommission findet nicht Donnerstag, sondern Freitag, den 15. d. M. bei Schünemann statt. Zu dieser Sitzung sind sämtliche Schuldner des früheren Fachvereins, sowie die der Doffentlichkeit eingeladen.
173/5
Carl Daschütz, Vertrauensmann.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 14. April.
Opernhaus. Hülse und Greif. Die Puppenfee. Anfang 4 Uhr. Rigolo's Hochzeit. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Wallenstein's Lager. Die Vicomte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anf. 7 1/2 Uhr. Festung. Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Veitinger. Die Wottenburger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Ein Nachzügler Corvins. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Freuden der Händlichkeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Der Fall Corignani! Anfang 8 Uhr.
Thalia. Der Stellvertreter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Chend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Velle-Alliance. Der rechte Schlüssel. Anfang 8 Uhr.
Eniten. Arme Wieze! Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtsches. Die kleine Bogadonna. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Hannemanns Abenteuer. Der gefesselte Storch. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48-49. Naturh. Ausst. v. 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschläge.

Urania

Taubenstr. 48/49. Naturh. Ausst. v. 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.
Täglich:
Berliner
Nachtleben.
Komödie in 12 pantomimisch. Szenen mit Gesang u. Tanz.
Vorher:
Theater-Variété.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 105.
Neu!!
Indisch-hindustanische Gaukler
- und -
Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Eugenie Fougère
Robert Steidl
mit 20
hervorragende Spezialitäten.
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.
In Vorbereitung:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungsburleske in 2 Bildern.

Gebrüder Anton u. Donat Herrfeld's I. Original-Budapester
Pösson- und Operetten-Theater
Kaufmann's Variété.
- Nur noch wenige Tage: -
Von Dreien
der Glückliche.
Das beste Produkt der Gebrüder Herrfeld'schen Muse.
Ausserdem: Das ganz hervorragende Spezialitäten-Programm.
Anfang präzis 8 Uhr.
Gew. Preise.
Mittwoch, den 20. April 1898:
Premieren-Abend.
Die vierte Frau
mit Donat Herrfeld u. Martin Bendix in den Hauptrollen.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (Gilly-Passage),
Wimenerstr. 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Eine Berliner Grisette.
Poffe mit Gesang in 1 Akt v. Stolz, Familie Karlow, Güter-Krodoten, Mils Frieda, Die Luftsee, Hans und Clara Zarus, Original-Duetten.
Mr. Arlon, Kunstspeiser.
Lebende Photographien.
Anfang 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.
Entree 30 Pf.
Reservirt Plaz 50 Pf.

Reichshallen-Theater.
Leipzigstr. No. 77.
Das neue hochinteressante April-Programm!
Karl Wilhelm,
Original-Humorist.
The Almasio! Christofferson! Valentin Cadowa!
Brüder Vasileuca! Foscho Geister! The Trappnell!
30 Kunstkräfte.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Reichshallen-Tunnel:
2 vorzügliche Kapellen.
Sonnabend:
Bockbier-Fest etc.

Concerthaus
Leipzigstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und Humoristen.
In Zossen.
Billet-Borverkauf von 12 bis 2 Uhr.

An Eltern u. Vormünder!
Nähren Sie Ihre Familie während der Osterferien in das
Asehanti-Dorf
und
Javaner-Dorf
im
Feen-Palast
(Bahnhof "Börse")
137 Eingeborene.
Eintritt 50 Pf. resp. 25 Pf. von 11 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends.

Maehr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Das Vermächtnis. Neu! Neu! Schwarze Hände! Neu! Ernst Kühne, Humorist. Louis Tholey, Soubrette. Selma Westphal, Soubrette.
Anfang: Sonntag 8 Uhr. Sonn- u. Feiertag 6 Uhr.

Quarg's Vaudeville-Theater
Grand Hotel Alexanderplatz
Nur noch bis Sonntag:
König Heinrich
Böfen-Burleske von Max Dana und Loonh. Haskel.
Er ist's!
Poffe, und
sämtliche Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Entree 15 Pf.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Neu! Neu!
Die schöne Kloster-Bäuerin.
Ballett mit Gesang in 3 Akten von Präller. Nach der Vorhellung:
Tanzkränzchen.

Olympia-Riesen-Theater
(Circus Ronz) Karlstrasse
Bolossy Klafly's Konstantinopel.
Sport.
Ringkampf, Jockey-Rennen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachm. 1 Kind frei.

Ton-Halle,
Friedrichstr. 112.
Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: **Gr. Ball.** 47882*
Zu Sommerlichkeiten.
Großer Saal und Garten mit Theaterbühne, 2000 Personen fassend, Bertram, 2 Regalbahnen, empfehlt
Julius Bernau,
48042
Schwedterstr. 23/24.
Gmpfle alle Freunde u. Bekannten
Mein Weiss-, Bairischbier- und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. *
H. Stramm, Koch, Ritterstr. 123.

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Juh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. kulanten Bedingungen.

Keine Wanzen mehr.
Um sich vor der Wanzenplage zu sichern, ist es notwendig, jetzt zum Umzuge ein Mittel zu verwenden, durch welches auch die Brut von Wanzen und beseitigt wird. Dazu eignet sich am besten die einzig bewährte, vom Chemiker P. Zanderhans erfundene **Wanzen-Verdichtung "Essenz „Faredol“**, durch welche nicht allein jede Wanze und jede Brut radikal vertilgt, sondern auch einen vollkommenen doppelten Ungeziefer vorgebeugt wird. Unter Garantie nur bei **Paul Sanderhans & Co., Gr. Frankfurterstr. 89**, in Hl. A. 0,50, 1,-, 1,50, 3,- M. Fernsprecher 0,50 M.; in Berlin frei Haus, nach auswärts per Post. Fernspr. VII 412; sonst nirgends zu haben.
Durch Ersparnis
der Bodenfläche billiger als im Laden:
Gardinen, Portiären, Tischdecken, Teppiche.
Dranienstr. 166, 1 Treppe.
Kein Laden! 47108*

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 17. April, 2 1/2 Uhr:
IV. Abtheilung: im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater: „Die Weber“.
V. Abtheilung: im Lessing-Theater: „Abu Said und Cyrienne“.
Nachzügler aus anderen Abtheilungen werden nur zugelassen, so weit Raum vorhanden ist und erhalten einen Stehplatz.
Sonntag, den 24. April, gleichfalls die V. Abtheilung: „Die Weber“
im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater.
Die Zahlstelle von Becker ist nach der Gerichts. 26. v. part. (Bahneingang) und die von Böttger nach dem Märheinecke-Platz II 229/5 verlegt worden.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Männer-Vortrag
Freitag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr,
in Nieft's großen Saal, Weberstr. 17.
Prakt. Natur-Heilkundiger **Grundmann** erklärt an großen Lichtbildern
„Die Männerleiden“.
Gäste willkommen, Eintritt 20 Pf.
Körper- und Natur-Heilverein,
Alexanderstr. 8.
Sprechzeit von 11-1, 4-8, Sonntags von 11-12.

Maitrank
täglich frisch, ausgezeichnet im Geschmack,
à Fl. 60 Pf., 10 Fl. Mk. 5,50, 50 Fl. Mk. 25,- erst.
Heidelbeer-Wein, Johannisbeer-Wein,
weiß u. rot, herb u. süß,
à Fl. 75 Pf., 10 Fl. Mk. 7,-, 50 Fl. Mk. 30,- erst.
Brombeer-Wein, Wermuth-Wein à Fl. Mk. 1,-.
Grösste Obst- und Beeren-Wein-Kellerei Berlins.
Probirstelle: Kommandantenstr. 67.
Eugen Neumann & Co.
Komptoir u. Gesamt-Kellereien: SW. 68, Lindenstr. 16/17.
Fernsprecher: Amt IV. 9676.
Detail-Verkaufsstellen: Beste-Alliancedr. 6a, Amt IV. 3678, II. 2632, Neue Friedrichstr. 81. - Oranienstr. 190. - Genthinerstr. 29. - Kommandantenstr. 67. - Grüner Weg 56. - Schöneberg, Hauptstr. 129. - Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 48. - Potsdam, Bäderstr. 7.

Werkstatt-Bekleidung für jedes Gewerk
kauft man gut und billig bei (4643)*
Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.

Grosser Möbelverkauf. Neue Schönhauserstr. 2
(früher Hofenthalerstr. 13)
Hier wird die Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 Mk. an
und alle Einrichtungen auf Teilszahlung. Lager gebraucht und
verliehen gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt.
Transport durch eigene Kelpanne, auch nach außerhalb. (4439)*

Mütter und Töchter
Berlins!
Benutzt für die Toilette nur
Karola
Lieblingssseife der Damenwelt.
Verschönert Euren Teint nur mit (4802)*
Karola
der vorzüglichsten Seife für den täglichen Gebrauch, die Euch die Haut sammetweich, geschmeidig und schön und den Teint klar, weiss und zart macht.
Mütter! Waschet und badet Eure Kinder nur mit
Karola
Ihr erhaltet alsdann denselben die Gesundheit und werdet Euch über den wundervoll zarten Teint der lieben Kleinen freuen.
Käuflich überall; per Stück 25 Pf.
Karol Weil & Co.,
Berlin 43.

67. Dresdenerstrasse 67.
Bis auf Weiteres:
Zwiebelleberwurst in ganzen Würsten ca. 1/2 - 1 Pf. à 40 Pf.
Thüringer Blutwurst (nach Original) v. 40 Pf. an.
Feine Sülzwurst Rezept fabriziert) v. 55 Pf.
sowie alle Sorten Salami, Weiss- u. Cervelatwurst
zu den billigsten Preisen.
Hochachtungsvoll
Rich. Faulmann & Co.
Bei Vorzeigung der gesammelten Kassen-Bönd gebe auf 50 Mk. 1 Mt. Rabatt. 48272*

Möbel
versuchen gewesene und neue, kausend billig, Teilszahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 4656*
Neue Königstr. 59
u. Gneisenaustr. 15.
J. Kellermann, Jacobstr. 26.
Künstliche Zähne.
Rennen, Gatten, Puttermaschinen
445L* Jordan, Rt. Marktstr. 28.

Orts-Frankenkaße
des
Töpfer-Gewerbes
zu Berlin.
Freitag, den 22. April 1898,
abends 6 Uhr:
Ordentl. Generalversammlung
der Mitglieder
(Arbeitgeber und Arbeitnehmer)
im Hof d. Herrn Buske, Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Ergänzungswahl der Delegierten.
2. Anträge zur Generalversammlung.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Freitag, den 22. April 1898,
abends 7 Uhr:
Ordentl. Generalversammlung
der Delegierten
(Arbeitgeber und Arbeitnehmer)
im Hof d. Herrn Buske, Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht pro 1897 und Bericht des Prüfungsausschusses. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer). 3. Geschäftliche Mitteilungen. 4. Statutenberathung der §§ 1-68. 5. Verschiedenes. 6. Anträge von Mitgliedern.
Der Vorstand.
Paul Hermann, Rudolph Schmidt, Vorsitzender, Schriftführer.

Sozialdemokr. Arbeiterverein
für Köpenick und Umgebung.
Die Bibliothek befindet sich jetzt bei dem Genossen **Heinrich Ritzau**,
Bismarckstr. 5, Köpenick.
Zugang: Schlossstr. 9, Köpenick.
Der Vorstand.

Patente
Möbel-Verkauf.
Cronenkr. 73. Hof I. in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude halte ich in überaus großer Anzahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vorzügliche Einkaufsquelle für Brautleute. Teilszahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Täglich Eingang verliesen gewesener und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franko.

Lohnende Fabrikationen.
Verlangen Sie Gratis-Anleitung des besten Kataloges durch den Verlag „Der Erwerb“, Dresden-R. 7. 14/5*
Wer will viel Geld verdienen, verkaufe bei hoher Provision
Woll, grau u. schwarz
G. Kulis, Gieseler Capeten
in Hamm.

Wichtig für Brautleute!
Möbel, Spiegel, Porzellan, weissen Verkauf wegen Ersparnis der Bodenfläche bedeutend billiger. Eig. Werkstätte i. Dantzig. Tischlermeister, (46482)*
Bukow, Invaliden-Strasse 13
Strohbetten, Gardinen, Regulatorien, Weisefächer, Operngläser, sportlich Plandische Reambette. 6.

Betten
Strohbetten, Gardinen, Regulatorien, Weisefächer, Operngläser, sportlich Plandische Reambette. 6.
Fahrräder, erstklassiges Fabrikat,
Reparatur Franz Stange,
Oppelnerstr. 7, 1 Tr.

Arbeitsmarkt.
Verfälscher verlangt, Waldemarstr. 15.
Farbigenmacher
verlangt
Kottbuser Ufer 32.
Plätterinnen, Wäsche, Umkleen, Legen, Servieren, dauernde, sehr lohnende Beschäftigung
Felix Karpe,
28399
Grüner Weg 119.

Lehrmädchen
ordentliche, verstehen die feinsten Näharbeiten, gegen sofortigen Wechsel bereit.
Ehrlich, Burgfelderstr. 27
Schneiderei, (46482)*
Tüchtige Verfilberer sucht
Werkmeister, Brunnenstr. 194.

Kantenmacher u. Farbigenmacher
verlangt
Waldheisenfabrik Alexanderstr. 25.
Handverwandten, Verputzung, Rahmenarbeiten, sehr billige täglich 3-6 Uhr von Marx, Breslauerstr. 209.
Anfang Mai findet ein Härtiger
Karton-Zuschneider
in einer größeren Fabrik lohnende und dauernde Stelle. Offerten unter F. 3 an die Expedition d. Blattes.
Freier Verbring verlangt
Thiele, Reichardtstr. 1.
Tücht. Tischlermeister finden dauernde Beschäftigung auf Maschinen und Handmaschinen bei Schultz & Jost, Lindenstr. 101/102, Portal 5.
1 Metallschleifer gesucht bei
Schulze & Jost, Lindenstr. 101/102,
Portal 5.